

33 | April 1977

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 9 Geschäfte der Gemeinde Wien: Endlich eine "gesunde Kinopolitik"
- 13 Psychiatriereform in Österreich
- 16 Inlandschlachthof
- 23 Indien: "The lady is finished"

Wie verkaufe ich einen Reallohnverlust?

Der Streik, der nicht stattfand

Vorspiel

Im Herbst 1976 erklären Benya und Sekanina ihre Vorstellungen zur bevorstehenden Lohnrunde. 7,5% werden genannt, aber gleich darauf dementiert der Multifunktionär Sekanina, daß dieser von ihm genannte Prozentsatz bereits die Lohnrunde präjudiziert.

Im Dezember werden die Wachstumsprognosen zurückgeschraubt. Unternehmer aller Couleurs verbreiten in der Öffentlichkeit düstere Prognosen. Sie finden im Generaldirektor Kienzl (Nationalbankdirektor) einen "objektiven" Mahner, der von überhöhten (sprich Abgeltung der Teuerung) Lohnforderungen abrät. Gleichzeitig geben Regierungspolitiker ihre Erfolgszahlen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bekannt und warnen vor "englischen und italienischen" Verhältnissen, die den "sozialen Frieden" gefährden könnten. Trotzdem durch Inflation, Tarif und Preiserhöhungen zu Ader gelassen, nimmt das Unbehagen in den Betrieben zu. Auch in den einzelnen Gewerkschaften sehen sich die Spitzenfunktionäre gezwungen gegen eine angeblich nicht vorhandene Lohnleitlinie zu polemisieren und betonen ihre Autonomie und Eigenständigkeit.

Seite 3



1. MAI

Gewerkschafts- u. Kommunalpolitik



im Betrieb
in der Stadt
die Betroffenen sollen entscheiden

Veranstaltung der

Gewerkschaftliche Einheit

GE · bfs

Bewegung für Sozialismus (FÖJ)

28. April 1977

Um 18.30 Uhr im „Haus der Begegnung“: 1060 Wien, Königseggasse 10.
Es sprechen: BRO Hans Resch und Paul Kolm.
Es spielen und singen: Eva Pilz, Kurt Winterstein, Sigi Maron, Sudi.

1. Mai 1977

Gemeinsame Demonstration, Treffpunkt 11 Uhr, Ecke Akademiestraße/Ring.

1. Mai 1977

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).
Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).
Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Wir rufen alle Genossinnen und Genossen, Kollegen und Freunde auf, auch heuer wieder am 1. Mai gemeinsam für Demokratie und Fortschritt, gegen nationale und internationale Reaktion, für Humanismus und Sozialismus zu demonstrieren.

Wir demonstrieren am 1. Mai 1977 für Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker im Südlichen Afrika, die von einer terroristischen weißen Minderheit im Ghetto des rassistischen Apartheid-Systems gefangengehalten werden. In Rhodesien und in Namibia, in den Slums von Kapstadt und Johannesburg in Südafrika ist der Kampf gegen diese brutale Willkürherrschaft der weißen Minderheit entbrannt, und es sind oft die schwarzen Kinder und Jugendlichen, die in den vordersten Reihen mit ihrem Mut und ihrem Blut



die Älteren aufrütteln und die Weltöffentlichkeit mobilisieren. Wie in Angola, Giuana-Bissau und Mozambique wird die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker gestürzt werden, wird die Sache der afrikanischen Revolution siegen.

Wir demonstrieren gegen die Verschärfung der repressiven Maßnahmen des Staatsapparates und gegen das eigenmächtige Vorgehen von Polizei und Justiz gegen Demokraten und gegen die gesamte Linke in der BRD. Tausende Personen, darunter auch Mitglieder der SPD, sind von einem Berufsverbot betroffen, das in keine andere Sprache übersetzt werden kann und als neues deutsches Fremdwort in ganz Europa bekannt geworden ist. Die jüngsten Enthüllungen über gesetzwidrige Abhörmethoden und das Schweigen der sozial-liberalen Koalition in Bonn mit offensichtlicher Einverständnis der Opposition lassen nur den Schluß zu, daß solche Praktiken in der BRD, die Allgewalt und Allgegenwart des "Verfassungsschutzes" (Staatspolizei) fester Bestandteil der bürgerlichen Demokratie geworden ist. Wehren wir den Anfängen! Was den Behörden der BRD gut, war den zuständigen österreichischen Stellen noch allemal billig.

Die Verteidigung der Demokratie, die Freiheitsrechte einzelner wie politischer Parteien und Vereine muß unteilbare Aufgabe für uns Sozialisten und Kommunisten in Ost und West sein. Unsere Solidarität gilt daher auch den Unterzeichnern der Charta 77 in der CSSR, den verfolgten Arbeitern von Ursus und Radom in Polen, den Bürgerrechtskämpfern in der Sowjetunion. Wie die KPI, die KPF, die KP Spaniens, protestieren auch wir gegen die Diktatur einer unkontrollierten Bürokratie, die im angemäßen Namen des Volkes, der Arbeiterklasse und der Partei schaltet und waltet. Sozialismus ist Arbeitermacht plus Demokratie!

In Österreich versucht die SPÖ-Regierung die Kosten der Krise und ihrer Abwehr auf die Massen der Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. Ein manipulierter Index soll über die tatsächliche Teuerungsrate hinwegtäuschen; Milliardensubventionen werden den Unternehmern ohne jede Investitionskontrolle zugeschanzt; die Mißwirtschaft der Gemeindegewaltigen verschlingt Unsummen: und das alles soll über die ständige Erhöhung der Massensteuern finanziert werden. Schluß mit dem Raubzug auf die Löhne und Gehälter! Für eine sofortige Lohnsteuerreform!

Seit Jahren dauert schon das schändliche Spiel mit den im Staatsvertrag verbrieften Rechten der nationalen Minderheiten in Österreich an. Die SPÖ-Regierung gab in allen Punkten den chauvinistischen und reaktionären Forderungen des Kärntner Heimatdienstes, der FPÖ und ÖVP nach. Wer die Rechte der nationalen Minderheiten nicht toleriert, wird auch die Rechte politischer Minderheiten gegebenenfalls mit den Füßen treten. Wir protestieren gegen die Minderheitenpolitik der Regierung Kreisky und fordern die volle Erfüllung des § 7 des Staatsvertrages!



Der Bau von Atomkraftwerken betrifft uns alle, uns, unsere Kinder und deren Kindeskindern Generationen lang. Solange die Frage der vollkommenen Sicherheit der Atommeiler und der Beseitigung des Atommülls nicht glaubwürdig und verlässlich gelöst sind, fordern wir die sofortige Einstellung der Vorbereitungen zur Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf und des Baus weiterer Kernkraftwerke! Wirtschaftswachstum auf Kosten unserer Gesundheit und der Zukunft der ganzen Menschheit? Nein! Dies gilt auch für andere Bereiche eines profitorientierten Wirtschaftssystems, in dem die Gewinne privatisiert, die Kosten und Lasten aber stets sozialisiert werden. Nur eine sozialistische Demokratie, in der die materielle wie die ideelle Gleichheit aller Personen und Gruppen gewährleistet ist, kann gegenüber den zahllosen internationalen und nationalen Konflikten und Problemen eine positive Alternative bieten.

Hoch die internationale Solidarität!
Für Demokratie und Sozialismus!
Hoch der 1. Mai!

Bewegung für Sozialismus (föj)



Fortsetzung von Seite 1

1. Akt

Vier große Gewerkschaften (Privat-angestellte, Metall- und Bergarbeiter, Bau und Holz, Chemiarbeiter) geben ihre Forderungen bekannt. Es besteht kein Zweifel - auch wenn offiziell jeder Zusammenhang bestritten wird - daß die Abschlüsse von dem Ergebnis der Metall- und Bergarbeiter abhängig sind. Die Forderungen der Metall- und Bergarbeiter werden de facto unter Ausschluß der Betroffenen erstellt. Dennoch, die Verhandlungen beginnen. Die Unternehmer provozieren. Obwohl die Metaller "realistische" Forderungen erstellt haben (10% Ist-Lohnerhöhung, 12,5% KV Angleich der Abfertigungen an Angestellte), bietet die Unternehmenseite 4% Ist-Lohnerhöhung (Bei einer Teuerung von 8,3% im Zeitraum von 13,5 Monaten) an. Die Verhandlungen werden immer wieder verzögert. Der vorgesehene Abschlußtermin 1. März verstreicht und es gibt noch immer kein Ergebnis. Die Gewerkschaftsspitze verzichtet durch Vollversammlungen und BR-Konferenzen die Betroffenen Arbeiter zu mobilisieren um die Unternehmer unter Druck zu setzen.

2. Akt

Dienstag 8.3.1977, das kleine Verhandlungskomitee der Metallgewerkschaft schließt mit dem Gewerbe ab. Statt der geforderten und "realistischen" 10% werden 7,5% Ist-Lohnerhöhung vereinbart, wobei der Geltungstermin auf den 1. Mai verschoben wird. Der Industrie ist das Nachgeben der Gewerkschaft noch immer zu gering. Sie schaltet auf stur. Mittwoch 9.3.1977 werden die Verhandlungen abgebrochen. Donnerstag 10.3.1977 wird über Massenmedien einer erstaunten Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß es es nach 15 Jahren "Enthaltensamkeit" zu einem großen Metallarbeiterstreik kommen wird. Gleichzeitig läßt sich Benya vom Zentralvorstand die Genehmigung geben, bei 7,5% und geringfügigen Verbesserungen der Abfertigungsbestimmungen abzuschließen. Es wird verzichtet die ursprünglichen Forderungen zu stellen, womit das Streikziel für den Großteil der Metallarbeiter kaum erkennbar wird. Dennoch Freitag und Samstag geht das Raten "Streik oder nicht Streik" weiter.



3. Akt

Der Auftritt des Sonnenkönigs erfolgt. Er weigert sich in die USA zu fliegen und den Amerikanern ihre 40 Millionen Schilling zu bringen, falls der Streit zwischen den Sozialpartnern nicht gütlich bereinigt wird. Er "konsultiert" die mächtigen Männer. Dann fliegt er beruhigt nach Amerika. Die Eingeweihten wissen es bereits, der Streik wird abgeblasen, das Vaterland ist gerettet. Die Arbeiter erhalten 7,5% wodurch die Teuerung nicht abgegolten wird. Sekanina und Gerbec (Industriellen-Verband) treten vor den Fernsehschirm und freundlich lächelnd erklären sie, daß es keine "Sieger und Besiegte" gäbe. Stolz verkündet die Metall- und Bergarbeitergewerkschaft:

"Obwohl uns am Beginn der Verhandlung nur 4% Ist-Lohnerhöhung und 5% auf die Mindestlöhne geboten wurden, konnten wir schließlich eine Erhöhung der Ist-Löhne um 7,5%, der Mindestlöhne um 9,3% und eine beträchtliche Erhöhung der Abfertigung erzielen. Diesem Erfolg gingen allerdings härteste Auseinandersetzungen und ein Streikbeschuß voraus. Bundeskanzler Kreisky ist es vor allem zu danken, daß wir noch einmal zu Verhandlungen und ohne Streik zu einem befriedigenden Ergebnis kamen."

Epilog

Ein bis zwei Tage später schlossen die autonomen Gewerkschaften Chemie und Industrieangestellte ihre Verträge ab, die zufällig fast das gleiche Ergebnis brachten.

S. M.



Brennende "Miß Bocara": "Maoisten, Arena-Leute und überhaupt das ganze Gesindel..."

Was macht die Stapo da?

Die Staatspolizei, so vermuteten wir in der letzten Nummer (Seite 7), werde den rechtsradikalen Bombenleger Hans Georg Wagner wohl zum Einzelgänger machen. Es sollte schlimmer kommen. Als die Lagerbestände der Boutique "Miß Bocara" im ersten Wiener Gemeindebezirk, auf denen die Firma nach dem Ausverkauf sitzen geblieben war, anfang März in Flammen aufgingen, sprach die Polizei in erster Offenheit vom "Werk eines Psychopathen". Flugblätter einer angeblichen "TRA-Solidaritätsgruppe", die die Urheberschaft für den Anschlag reklamierte, verstärkten diesen Eindruck nur. Der englischen Firma erwuchs nur geringer Schaden, nachdem sie einige Wochen vorher ein Architekturbüro mit dem Umbau der anschließend abgebrannten Räume beauftragt hatte.

Doch am darauffolgenden Sonntag verbreitete die "Kronenzeitung" eine abstruse Geschichte von brandstiftenden Arena-Maoisten: Die nach dem Bocara-Anschlag aufgetauchten Flugblätter seien auf demselben Druckstock hergestellt worden wie die Flugblätter der "Arena", diese wiederum hätten das Impressum "Alois Wieser, Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes" getragen (!), und bei dieser Adresse, "so ergab die Untersuchung", trafen sich wiederholt linke Gruppen, auch Wagner sei dort gesehen worden.

Wenn man davon absieht, daß die Bocara-Flugblätter auf Spiritusmatrizen hergestellt wurden (erkennbar an der violetten Druckfarbe), während alle Arena-Flugblätter entweder hektographiert oder offsetiert wurden (schwarze Farbe!); wenn man davon absieht, daß die Arena-Flugblätter samt und sonders Fantasie-Impressen, von Detlev Hermann bis Gertrude (wie Sandner) Krätz (wie Krätze) trugen; wenn man weiters davon absieht, daß die angegebene Adresse die offizielle des maoistischen Kommunistischen Bundes und aus dem Telefonbuch ersichtlich ist - wie gesagt, wenn man von derlei Kleinigkeiten absieht, ist die "Kronenzeitung"-Meldung sicherlich richtig. Ob sie von der Polizei lanciert wurde oder ob sie sich der "KZ"-Schmierer selbst aus den Fingern gezuzelt hat, ist einerlei; jedenfalls bot sie ersterer wieder einen Vorwand für mehrere Hausdurchsuchungen. In der letzten Nummer zitierten wir das Magazin "profil", das von Verbindungen dieser Rechtsradikalen bis in die Exekutive sprach. Die ganze Sache riecht stark nach einer Entlastungsoffensive...

P.L.



Politische Ökonomie

Wozu Wirtschaftsprognosen?

Das Institut für Wirtschaftsforschung, das noch im September 1976 für 1977 eine reale Zunahme des Bruttonationalproduktes von 5 % erwartet hatte, korrigierte diese Prognose zum Jahresende auf 4 %.

Das Institut für höhere Studien hielt zwar am prognostizierten Wachstum von 4,3 % fest, präsentierte aber eine sogenannte "pessimistische" Variante, die lediglich auf einem realen Wachstum von 2,9 % basiert.

Beide Wirtschaftsforschungsinstitute erklären das Zurückschrauben ihrer Konjunkturerwartungen aus den Änderungen in den verschiedenen Detailprognosen.

Warum werden nun diese nichtssagenden Wachstumsraten von Politikern und Interessensvertretungen so häufig erwähnt? Wie objektiv ist eine "wissenschaftliche Methode", die ausgewählte, vergangene Wirtschaftsdaten in eine statistische "Mühle" kippt und das "Gemahlene" als Zukunft veröffentlicht?

Bezüglich der Einschätzung dieser Ergebnisse kommt es, so schreibt das Wirtschaftsforschungsinstitut, nicht so sehr auf die Revision von Wachstumsraten, sondern auf die Revision des zugrundeliegenden Konjunkturbildes an. Es ist also nötig, die wirtschaftliche Lage "anders" zu beurteilen und die Zukunftserwartungen zu ändern.

Zu fragen ist nun, welches Konjunkturbild sich Wirtschaftsprognostiker von den Wirtschaftsteilnehmern erwarten, damit ihre Vorhersagen auch eintreffen? Denn von diesen angenommenen Konjunkturbildern werden die prognostizierten Ergebnisse zum Großteil abhängen.

Wirtschaftsprognosen werden auf Grund von mathematischen Modellen, den vorhin erwähnten Mühlen, berechnet. Diese Modelle bestehen aus bestimmten Verhaltensgleichungen, die kausale Zusammenhänge des Wirtschaftsablaufes darstellen sollen.

So wird z.B. das Verhalten der Unternehmer bezüglich ihrer Investitionstätigkeit hauptsächlich durch das Verhältnis des Ertrags zu den Kosten erklärt und in einer Verhaltensgleichung

dargestellt. Unternehmer müssen danach in Zukunft investieren, wenn sich das Verhältnis für sie günstig entwickelt hat. Aber gerade die letzte Abänderung der Prognosen zeigt, daß diese zugrundeliegende Relation nicht der entscheidende Bestimmungsfaktor ist, – wäre er entscheidend, hätten die Unternehmer auf Grund der positiven Entwicklung des Ertrag-Kosten-Verhältnisses wesentlich mehr investieren müssen – sondern die unmittelbar entscheidenden Bestimmungsfaktoren bestehen in den Erwartungen der Unternehmer, in deren Konjunkturbild.

Prognosen sind deshalb nur gut, wenn das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer richtig eingeschätzt wird oder wenn sie entsprechend dem von vornherein angenommenen Verhalten manipuliert werden können.

Dabei ist klar, daß nur solche Konjunkturbilder angenommen werden, die dem bestehenden kapitalistischen Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern, zentralen Institutionen und Arbeitnehmern entspricht.

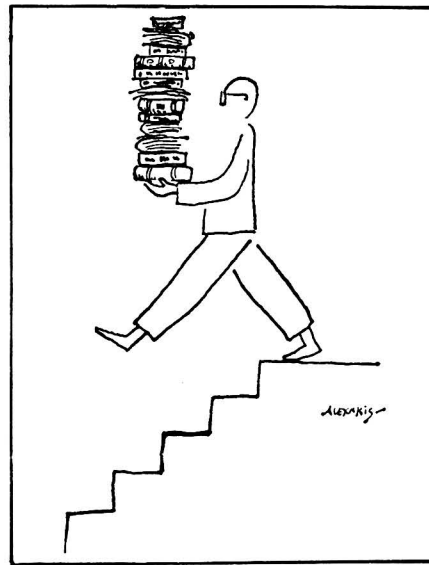
Daß mit Prognosen manipuliert werden soll zeigen gerade die letzten Abänderungen der Werte. So wurden die OECD-Prognosen deshalb nach unten korrigiert, da in vielen Ländern Lohnverhandlungen bevorstanden; andere Gründe waren die Verhandlungen über den Rohölpreis mit den OPEC-Ländern und weil man durch pessimistische Prognosen die Regierungen der BRD und der USA zu stimulierenden wirtschaftlichen Maßnahmen anzuhalten versuchte.

Die Abänderung der österreichischen Werte basiert zum Teil auf den revidierten OECD-Prognosen, besonders hervorzuheben sind die bevorstehenden Lohnverhandlungen, wegen denen zum Teil Regierung und Gewerkschaft ebenfalls niedrigere Wachstumsraten verkündeten. Die Wirtschaftsprognostiker paßten ihre Ergebnisse diesen vorgegebenen Werten an.

Bei der Interpretation dieser prognostizierten Werte durch Regierung und Gewerkschaften zeigt sich deren widersprüchliche Stellung. Auf der einen Seite gilt es durch das Betonen des "Anhaltens einer problemreichen Situation" den Arbeitnehmern mit dem

Verlust des Arbeitsplatzes zu drohen und sie zu disziplinieren, auf der anderen Seite dürfen jedoch die Profitserwartungen der Unternehmer durch zu pessimistische Klänge nicht vermindert werden. (Dazu dienten auch die in der Regierungsklausur in Bad Kleinkirchheim beschlossenen "Geschenke" an die Unternehmer). Die Unternehmer bestimmen eben in einer kapitalistischen Gesellschaft, wieviel investiert wird.

Abschließend kann gesagt werden, daß Wirtschaftsprognosen zur Manipulation der Bevölkerung verwendet werden. Die Ergebnisse der Prognosen basieren auf den Annahmen, daß die Unternehmer frei entscheiden können über ihre Investitionen, die abhängige Bevölkerung sich aber diesen Entscheidungen anpassen muß. Wichtig bei den Prognosen ist es deshalb, daß Unternehmerverhalten richtig einzuschätzen und "richtig" ist nur, wenn die Prognostiker die Macht- und Profiterwartungen der Unternehmer in den Ergebnissen aufscheinen lassen. Von den Arbeitenden nimmt man an, daß sie ihre Erwartungen unterordnen.



Staatliche Institutionen wachen darüber, daß dieses angenommene Verhalten auch eintritt. Sie lenken den "Selffulfilling"-Mechanismus der Prognosen.

Aufgabe einer an Arbeitnehmer gerichtete Information ist es also, aufzuzeigen, daß die prognostizierten Ergebnisse keine objektive wissenschaftliche Darstellung, kein "Schicksal" ist, sondern, daß bei Änderung der bestehenden Verhältnisse bessere Alternativen möglich sind.

F.K.





Für eine Änderung der Steuerpolitik

Die Unzufriedenheit mit der einseitig wachsenden Steuerbelastung zuungunsten der Arbeiterschaft wird in den Betrieben immer stärker. Der ÖAAB, die KPÖ samt ihrer Massenorganisationen organisieren Unterschriftenaktionen, während Finanzminister Androsch den starken Mann spielt und verkündet, daß es vor 1979 zu keiner Steuersenkung kommen werde. Einmal mehr wird die Sicherung der Arbeitsplätze ins Treffen geführt, die eine Änderung der Steuer jetzt nicht möglich mache. Der ÖGB, der bei aller Verteidigung der Regierungspolitik dennoch die Bedürfnisse der Arbeiter registrieren und zum Teil auch wahrnehmen muß, hat eine Steuerkommission einberufen, die konkrete Vorschläge für eine Steuerreform (oder nur Senkung) entwickeln soll. Bevor näher auf die konkrete Lohnsteuerproblematik eingegangen wird, sind einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen.

Gerechte Steuern im Kapitalismus möglich?

Jene, die ein "gerechtes Steuersystem" im Kapitalismus verlangen, sitzen einer Illusion auf. Mit der gleichen Berechtigung könnte ebenso die Forderung nach "gerechten" Profiten oder "gerechtem" Lohn erhoben werden. Die Belastung durch Steuer, die Höhe der Löhne und Profite entscheiden sich im Kampf, je nach Möglichkeit und Macht der daran beteiligten Klassen. Insofern sind Steuerfragen Klassenfragen. Daher ist der Kampf um Verteilungsänderungen am Steueraufkommen ebenso

notwendig wie der Kampf um Einengung der Profite. Wird dieser Kampf nicht geführt, bedeutet das neben der Verschüttung von Klassenbewußtsein auch eine Verschiebung der Einkommensverhältnisse zuungunsten der Arbeiterschaft.

Weiters sind einige Aspekte zu berücksichtigen, die die Grenzen einer Steuerreform sichtbar machen sollen.

1. Steuerfragen können nicht einseitig von der Einnahmeseite beurteilt werden. Ebenso wichtig ist die Frage was mit den Steuern geschieht und zu wessen Gunsten die Steuern verteilt werden. Dienen die eingehobenen Steuern in erster Linie dazu, die notwendigen aber unprofitablen Investitionen zu tätigen, die die Unternehmer zur besseren Verwertung ihrer Profite benötigen, aber deren Kosten sie abwälzen wollen, oder werden die Steuern unter Kontrolle der Arbeiterschaft für jene Bereiche verwendet, die - um das Modewort zu gebrauchen - die Lebensqualität der arbeitenden Menschen verbessert?
2. Die Entwicklung sowohl der direkten Steuern als auch der indirekten Steuern ist zu berücksichtigen. Grundsatz sozialistischer Steuerpolitik war es immer, die Steuern über direkte Steuern (Lohnsteuer, Gewinn- und Vermögenssteuer) in erster Linie über Gewinn- und Vermögenssteuern einzuheben. Die indirekten Steuern (Umsatz- und Verbrauchssteuer) sind immer als unsoziale Steuern verstanden worden. Tragen doch diese Steuern im wesentlichen die große Masse der Arbeiter und Angestellten.
3. Es darf nicht vergessen werden, daß das Kapital relativ große

Möglichkeiten hat, zusätzliche Steuerbelastungen auf die Preise zu überwälzen und dadurch die angestrebte Verteilungsänderung in Frage zu stellen.

4. Die Unternehmersteuern werden von den von ihnen deklarierten Erklärungen berechnet. Daher können die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten (ein ganzer Berufszweig lebt davon) nicht unbeachtet bleiben. Erstzunehmende Schätzungen laufen z. B. darauf hinaus, daß bestenfalls 20% der Vermögen überhaupt deklariert werden. Nicht von ungefähr weisen große Banken auf die Anonymität der Sparbücher hin, gibt es tausende Luxusfahrzeuge und Luxuswohnungen, die als Betriebsfahrzeuge bzw. als Büros und ähnliches deklariert werden.
5. Eine echte Chance zur Umverteilung besteht nur im Rahmen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, wo Veränderungen zugunsten der Mehrheit der niedrig Verdienenden möglich sind. Das ist auch nicht unwesentlich, kennt man die Größenordnung dieses Problems. 1976 verdienten 73,3% der Arbeiter und 55% der Angestellten weniger als S 9.000,- brutto monatlich. Über S 20.000,- nur ein minimaler Prozentsatz der Angestellten.

Diese einschränkenden Bemerkungen bedeuten jedoch nicht, daß um Veränderungen bei der Steuer nicht gekämpft werden soll (wir verzichten ja auch nicht auf den Lohnkampf), sondern sollen nur vor der Illusion warnen, daß über die Steuerfrage grundsätzliche Verteilungsänderungen erreichbar sind.

Die Gewerkschaftliche Einheit verlangt daher eine Steuerreform, die mit 1. Jänner 1978 wirksam wird. Sie hätte folgende Punkte zu beinhalten:

1. Trennung der Lohnsteuer von der Einkommenssteuer

Bis 1964 waren die Steuereinnahmen aus der veranlagten Einkommenssteuer höher als die der Lohnsteuer. 1967 hielten sich die Einnahmen etwa die Waage, während es in der Folgezeit zu einem immer stärker werdenden Mißverhältnis von Lohn- und Einkommenssteuer kam (siehe Tabelle). Diese Entwicklung ist aus der Tatsache erklärbar, daß Gewinne und Löhne der gleichen Steuer unterliegen. Die ungleichen Arbeitsbedingungen werden dadurch nicht aufgehoben und es kommt zwangsläufig zur Benachteiligung der Unselbständigen (wobei auf Steuerschulden, Steuermachlässe, die nur die Unternehmer für sich in Anspruch nehmen können, nicht weiter eingegangen werden soll). Eine Trennung der Steuern, durch die diese Unternehmervorteile aufgehoben werden könnten, ist längst fällig. Verständlich, daß die Unternehmer davon nichts wissen wollen. Unverständlich, daß die Gewerkschaft, wie es den Anschein hat, ebenfalls darauf verzichten will.

2. Dynamisierung der Progression und der Absetzbeträge

Es war immer eine Forderung des ÖGB, die Einkommenserhöhungen, die der Abgeltung der Teuerung dienen, nicht zusätzlich zu besteuern. Die GE verlangt daher die jährliche Anpassung der Steuersätze an den Teuerungsindex. Falls es zu keiner Systemänderung kommt, ist eine Erhöhung der Absetzbeträge über den Rahmen der Inflationsquote seit 1975 notwendig.

3. Einschränkung der Steuervorteile durch Abschreibung

Die verschiedenen Abschreibungsmöglichkeiten (Wertpapierkauf, Versicherungssparen u. v. a.) müssen verändert werden, haben sie doch heute zwei Effekte. Erstens kann sie nur ein geringer Teil echt ausschöpfen und zweitens geht sie nach dem Prinzip "Je mehr einer hat, desto mehr wird ihm geschenkt".

Ob es zu einer Steuerreform kommt, die doch einige Verbesserungen mit sich bringt, oder nur zu kosmetischen Veränderungen, wird davon abhängen, ob die Arbeiter und Angestellten Druck auf ihre Gewerkschaften und Parteien ausüben.

S. M.



Entwicklung der Steuern

	1967 Mrd. S	Prozent div. Steuern	1972	Prozent	1977	Prozent
Lohnsteuer	7,4	31,8	14,56	38,9	41	51,8
Veranschlagte Einkommenssteuer	6,7	28,8	9,98	26,7	17	21,5
Kapitalertrag	0,102	0,4	0,22	0,6	0,4	0,5
Körperschaft	2,397	10,2	3,58	9,6	6,6	8,3
Gewerbe und Bd. Gewerbe	4,64	19,9	6,8	18,2	9,6	12,2
Vermögen	0,86	3,7	1,5	4,0	3,1	3,9
Div. Erbschaftsteuern	0,584	2,5	0,76	2,0	1,4	1,8
	23,267	100,0	37,4	100,0	79,1	100,0
Indirekte Steuern						
Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	15,2		30,0		72,3	
Verbrauchersteuer (Alkohol, Mineralöl, Tabak usw.)	8,6		14,1		18,0	
	23,8		44,1		90,3	

ÖVP:

Im rechten Eck



Nach einem dreiviertel Jahrzehnt in der Opposition ist die ÖVP ihrem Ziel, wieder an die Regierung zu gelangen, nicht nähergekommen. Meinungsumfragen zufolge steht die SPÖ zwar momentan so schlecht da wie noch nie, es dürfte sich dabei aber eher um ein Zwischentief in der Mitte der Legislaturperiode handeln: der Höhepunkt der enormen Belastungswelle ist bewußt möglichst weit vor den nächsten Wahlen, der Termin für die Lohnsteuerreform möglichst nahe an sie heran angesetzt worden. Aus dem Unmut der Bevölkerung über die Belastungen hat die ÖVP kein politisches Kapital schlagen können, erscheinen doch die von ihr gebotenen Perspektiven noch düsterer: "Sparsamkeit und Abschied von Illusionen" definierte Klubobmann Koren auf dem Parteitag Anfang März den Weg einer erhofften künftigen ÖVP-Regierung.

Von den in der ÖVP vertretenen beiden Oppositionsstrategien, der "Öffnung zur Mitte" und der Variante "scharfer Rechtskurs", hat sich längst die scharfmacherische Linie durchgesetzt. Die Ideologiediskussion war der Auftakt dazu (siehe "offensiv links", September 1976, S. 4), der Parteitag hat diesen Eindruck noch verstärkt. Die Auseinandersetzung um die Strategie der bürgerlichen Parteien ist ja mittlerweile europaweit geworden (CDU gegen CSU, Giscardisten gegen Gaullisten). Hier hält die ÖVP die Mittelposition, sie ist damit aber gegenüber den frühen siebziger Jahren deutlich nach rechts gewandert. Linke Flügel Männer (Diem in der ÖVP, Aigner im CV) sind kaltgestellt worden; die Antaucher von rechts außen waren erfolgreich.



Zu den Gestalten am rechten ÖVP-Rand gehört einmal die JES an den Universitäten (siehe "offensiv links"



"Politische Briefe" und
politische Paranoia:

Es ist richtig: ich bin nicht gerade zimperlich, wenn ich zu erklären versuche, warum und weshalb ich mich mit aller mir zu Gebote stehenden Kraft gegen Sozialismus wende, wo immer, in welcher Form immer und in welcher Partei er auch auftritt (auch ÖVP und FP sind bisweilen gegen sozialistische Denkweise nicht gefeit).

*) Das Nahverhältnis von Hannes Androsch zum österr. Stern-Chefredakteur ist bekannt; Bruno Kreisky wiederum

Die Schmutzarbeit machte daraufhin der «Stern», dessen deutscher Chefredakteur Henri Nannen seiner politischen Rolle wegen keiner weiteren Erwähnung mehr bedarf und dessen österreichischer Chefredakteur, Peter Neuhauser, sowohl der deutschen als auch der österreichischen Staatspolizei seiner Verbindung zur «Baader-Meinhof-Bande» wegen seit langem bekannt ist.

(1/77)

Hannes Androsch und Ulrike Meinhof!

Dez. 76), die gemeinsam mit der "Aktion Österreich-Europa" (Bis 1967: "Monarchistische Bewegung Österreichs") in einer Wohnung des Fürsten Schwarzenberg untergebracht ist und für die in letzter Zeit der Wiener ÖVP-Obmann Busek als Zugpferd agierte. Weitere CSU-Fans in der ÖVP sind der Medieninternationalist Bacher (siehe "offensiv links", Februar 1977, S.11) und Hans Pretterebner, der Herausgeber der "Politischen Briefe-Programm für ein nichtsozialistisches Österreich", auf den wir schon einmal hingewiesen haben. (siehe OFFENSIV LINKS Nov. 76, S.9). Er möchte die ÖVP auf CSU-Positionen drücken und hat dabei auch schon Erfolge aufzuweisen: Er tritt bei ÖVP-Veranstaltungen als Referent auf, rühmt sich, gemeinsam mit den "Kurier"-Eigentümern die "Wortführer der SP-Gruppe" in dieser Zeitung, Elfriede Hammerl und Harald Imberger, abgeschossen zu haben ("Politische Briefe" 1/77) und konnte den stellvertretenden ÖVP-Generalsekretär Steinbauer und ÖVP-Bundesgeschäftsführer Bergmann als Autoren gewinnen. Wirtschaftsbundgeneralsekretär Wolfgang Schüssel forderte alle Untergebenen auf, Pretterebners Blatt zu abonnieren, und dieser freut sich: "Seit der Taus auf Rechtskurs ging, kann ich mich

immer mehr mit ihm anfreunden" und: "Der Busek geht hausieren mit meinen Sätzen" (zitiert nach dem Stern 52/76).



Nach dem Gloggnitzer Mord reitet die ÖVP auf der Sicherheitswelle: Von der Wiedereinführung der Todesstrafe, wie sie NDP-Obmann Burger, FPÖ-Abgeordneter Scrinzi und die Gloggnitzer SPÖ gern sehen würden, hat sich Taus zwar distanziert, dafür aber den Parteitag delegierten zugerufen: "Die ÖVP wird es nicht zulassen, daß die Verbrechensrate steigt. Wir werden - wenn wir wieder die Mehrheit haben - die Strafen in jenen Bereichen verschärfen, in denen sich Delikte mehren!". Die "Presse" vermerkt, daß der Applaus hier lauter und spontaner war als zum Schluß der Taus-Rede (10.3.). ÖVP-Justizsprecher Hauser griff tags darauf die Richter wegen übergroßer Milde gegenüber Sexualverbrechern an, auch würden zu viele in Heime gesteckt, wo es ihnen ohnehin zu gut gehe. Noch ein Erfolg für Pretterebner.



Am ÖVP-Parteitag abgeblitzt, wenn auch nur teilweise, ist Rechtsaußen Elisabeth Schmitz. Spendenwillige Österreicher, die für Schmitzens "Katastrophenhilfe österreichischer Frauen" jahrelang einzahlten, um, wie sie annahmen, Not und Elend zu mildern, trugen in Wirklichkeit damit zum "sozialen Image der ÖVP" bei. Unter Berufung darauf forderte nämlich Schmitz, die ihren Bettelbriefen auch Werbekarten für das Pretterebner-Blatt beilegte (Stern Nr. 52), einen Sitz in der ÖVP-Bundesparteitagsleitung. Das war ein bißchen zu viel Frechheit: Von der Bundespartei wurde sie abgewiesen, aber die ÖVP-Frauenbewegung nahm Schmitz in ihre (Leitungs-)Mitte auf. Schmitz interpretierte dies feministisch: "Die Männer", sagte sie, "haben keine Liebe".



Bleiben wir gleich bei den ÖVP-Frauen. Bei ihrer Tagung in Linz sah man gleich, wer in dieser Partei das Sagen hat. Als für die Wirtschaft in der Hochkonjunktur das Arbeitskräftereservoir der Frauen interessant wurde, durften sie auf Emanzipation machen. Jetzt werden die Gastarbeiter und Frauen abgebaut, und die ÖVP-Frauenbewegung propagiert wieder

das Heimchen am Herd. Die "Presse", die zuweilen mit dem Widerspruch zwischen abendländischer Ideologie und kapitalistischer Ökonomie nicht ganz zurecht kommt, konnte aufatmen; "Vehemente Forderungen nach Gleichmacherei ... sind längst passé. Man trägt wieder Herz, man bekennt sich zum Verbleiben im Haushalt, zur Kindererziehung ... Dieses künftige weibliche Rollenbild mutet seltsam bekannt an. War es nicht genau jenes, das durch Jahrhunderte funktionierte, bevor die Emanzipationswelle über die Damenwelt hinwegbrauste wie ein Wirbelsturm?" (8.3.) Marga Hubinek, gewesene Paradedame der ÖVP, stieß mit ihrer Forderung nach gleicher Erziehung der Kinder, unabhängig vom Geschlecht, nur mehr auf Widerspruch.



Überschattet wurde der ÖVP-Parteitag von der Hoffnung der SPÖ, die Affäre um den Kunsthehler und ÖVP-Kommerzialrat Gerhard Berger könnte einige Wiener ÖVP-Politiker anschwärzen, und von der Angst der ÖVP die SP könnte damit recht behalten: sie ersuchte das Magazin "profil" keine Nacktaufnahmen führender ÖVPLer bei Berger-Parties abzdrukken. Dabei war Berger nur über die Willkür des Strafrechtes gestolpert, das es beliebt, manche Geschäfte, (wie den Verkauf von Produkten, die von anderen, nämlich von Arbeitern, hergestellt wurden) erlaubt, andere aber (wie den Verkauf von Produkten, nämlich Bildern, die von anderen erworben wurden) jedoch verbietet. Der Wiener ÖVP-Obmann Busek mußte sich von seinem Freund Berger trennen, der ihm den Dienstwagen und die Sekretärin finanziert, das Privatflugzeug zur Verfügung gestellt und einen Urlaub auf den Bahamas verschafft hat. Busek wird, so können wir mitfühlende Leser beruhigen, schon neue Freunde finden ... Und wenn Berger Glück hat, dann geht's ihm so wie dem Vorarlberger ÖVP-Finanzreferenten Rauch: Der Fruchtsafthersteller unterschlug zwar durch das "Strecken" von Sirup Steuermillionen und verdarb Safftrinkern den Magen (Verstoß gegen das Lebensmittelgesetz), die Kamarilla von CVern in Finanzdirektionen, Zoll und Justiz hat aber bisher eine Anklageerhebung erfolgreich verhindern können ...

P. L.



Endlich eine „gesunde Kinopolitik“!

Nach der Einverleibung der "Wiener Stadthallen Betriebsges. m. b. H. in die "Wiener Holding" (Dachorganisation der Wiener Gemeindebetriebe) begann auch die Reorganisierung und Umstrukturierung der gemeindeeigenen Kinos und des Filmverleihs. Das Prinzip dieser Neustrukturierung wird von der Wiener Holding selbst deutlich gemacht: "Der kommunalpolitische-gemeinwirtschaftliche Aspekt der Unternehmungen der Stadt Wien befreit diese nicht von der Anwendung moderner Organisations- und Führungsmethoden zur Erlangung einer optimalen Kosten-Nutzenrechnung und von der Notwendigkeit der Wahrnehmung von Gewinnchancen. Daraus folgt, daß die kommerzielle Seite, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit bei der Führung der Unternehmungen im Vordergrund stehen müssen, um die volle Wirksamkeit der eingesetzten Mittel, gemessen an der Zielsetzung, sicherzustellen"(Geschäftsbericht der Wiener Holding). Freilich, die Zeiten, in denen man die Sozialdemokratie gerade in der wiener Kommunalverwaltung an ihre sozialistischen Ziele erinnern konnte, sind vorbei. Doch der Verkauf von schlechter Ware mit Verlust, noch dazu im kulturellen Sektor, ist eine Auseinandersetzung wert.

Situation der Wiener Kinos

Die Monopolisierung bei den wiener Kinos steigt enorm. Über zwei Drittel der Filmtheater sind etwa zu gleichen Teilen im Eigentum der gemeindeeigenen Kiba und der internationalen von amerikanischem Kapital beherrschten Filmverleihen Gloria und Konstantin. Ein massives Kinosterben vor allem in den Außenbezirken und eine Reduzierung des Filmangebots sind die Folge: 1970 gab es in Wien noch 123 Kinos, jetzt sind es ganze 85, was einem Kino je 20.000 Einwohner entspricht.

Die Kiba, die Kinobetriebsanstalt der Gemeinde Wien, betreibt derzeit 22 Kinos und untersteht als Stadthallenbetrieb der Mutterfirma Gemeinde-Holding. Sie unterstützte die erwähnte Tendenz am kräftigsten. Sie kaufte schlecht gehende Kinos in den Randbezirken auf, sperrte sie nach einiger Zeit und verkaufte weiter - Supermärkte entstanden. Alleine im letzten Jahr waren es drei Kinos (Vindobona 20., Apollo 15. und Zentrum, 22.), die diesen Weg gingen.

Die Geschäftspolitik der Gemeinde-Kinos folgte durchaus den Grundsätzen der Stadtverwaltung. Es entstanden luxuriös ausgestattete Premierenkino



Rondell-Kino: "Volle Wirksamkeit der eingesetzten Mittel, gemessen an den Zielsetzungen...?"

im Zentrum (Metro, Residenz, Flotten, Studio), in den Wohnbezirken und vor allem in den Arbeiterbezirken gibt es so gut wie keine Kinos mehr. Und das bei einem bereits lang andauernden internationalen Trend zu dezentralen



Wem gehören die Wiener Kinos?

Kino	Eigentümer	Pächter	Kino	Eigentümer	Pächter	Kino	Eigentümer	Pächter	Kino	Eigentümer	Pächter
1. Bezirk			5. Bezirk			10. Bezirk			16. Bezirk		
Burg	privat		Film-Casino	privat		Amalia	Wiener Arbeiterheime Ges. m. b. H. (ÖGB/SPÖ)		Odeon	Constantin	
Elite	Kiba		Schloßl	Constantin				Gloria	Weltspiegel	ÖGB Gloria	Gloria
Gartenbau	Kiba		6. Bezirk			Bürger	Constantin		17. Bezirk		
Imperial	privat		Apollo	ÖGB	Gloria	Edison	Constantin		HVK	Kiba	
Kärntner	Kiba		Flotten/Studio	Kiba		Hubertus	Constantin		18. Bezirk		
Kreuz	Constantin		Hayden	Constantin		Kepler	Constantin		Kamera	Constantin	
Kruger	Kiba		Schäffer	Gloria		12. Bezirk			Iris	privat	
Künstlerhaus	Constantin		Wienzeile	Centfox		Treffpunkt	privat		19. Bezirk		
Metro	Kiba		7. Bezirk			13. Bezirk			20. Bezirk		
O. P.	Gloria		Admiral	privat		Park	Kiba		Wallenstein	Constantin	
Opern	Kiba		Bellaria	privat		14. Bezirk			21. Bezirk		
Schottenring	Kiba		Erika	privat		Gloriette	privat		Gloria	Wiener Arbeiterheime Ges. m. b. H. (ÖGB/ SPÖ)	Gloria
Tuchlauben	Constantin		Hermann	privat		Schonbrunn	Constantin				
Urania	Volksbildung	Gloria	Neubauer	privat		15. Bezirk					
2. Bezirk			Maria-Theresien	Kiba		Klub West	Kiba				
Panorama	Kiba		Residenz	Kiba		Mandl	Constantin				
Tabor	ÖGB		9. Bezirk			Maxim	Constantin				
3. Bezirk			Auge Gottes	Constantin							
Kammerspiele	Kiba		Kolosseum	Kiba							
Rochus	Constantin		Votivpark	privat							
4. Bezirk			Weltbiograph	ÖGB	Gloria						
Dido	Constantin										

Diese Tabelle erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Kleinkinos, die bei einer breiten Streuung des Programms wieder volle Kassen erwirtschaften.

Geschäftstüchtige Gemeindekinos

Bleibt die Programmgestaltung in den Renomee-Kinos der Kiba durchaus auf dem internationalen Standard des Kommerz-Films, so tauchen in den übrigen sogar manchmal Erinnerungen an die Zwischenkriegszeit auf. In "Ein Mann sieht rot" veranschaulicht Charles Bronson die neuen Inhalte dieser Traditionsfarbe. Auch mit der "Geschichte der O" wurden angemessene Profite gemacht. In den noch verbliebenen Kinos der Randbezirke konkurriert man den privaten Sex-an-Crime Kinos mit Crime and Sex, streng nach kapitalistischem Geschäftsprinzip, versteht sich. Wie's halt sonst auch üblich ist, kauft man sich in die erfolgversprechendste Sparte, die Porno-Kinos, ein. Das Rondell-Kino erfreut sich seit einiger Zeit einer geschäftstüchtigen Beteiligung der Gemeinde.

Der ebenfalls gemeindeeigene Zentrum-Filmverleih hat nach langen Irrwegen neue Chancen des Marketing entdeckt. Nach der 123 Millionen-Pleite des Nora-Filmverleihs 1968 in die Stadthallen Kiba-Ges. m. b. H. eingegliedert wird er jetzt wieder selbständig geführt. Schwerpunkt seines Verleihprogramms sind Karatefilme (Wang Yu und die Söhne des Himmels, Kung Fu - im Trommelfeuer der Fäuste, King of Karate) kontrastiert mit Gespielinnen der Emanuelle und flüsternden Toten. "Volle Wirksamkeit der eingesetzten Mittel, gemessen an den Zielsetzungen"?

Die wenigen fortschrittlichen Filme kommen über internationale Verleihe nach Wien.

Wenn dann bei vereinzelt Kinoinitiativen, die diese Verblödungsindustrie in Frage stellen, keine Gewinne entstehen, wird zugesperrt oder es werden Subventionen gestrichen. "Die Leute gehen eben nicht in anspruchsvolle Filme" ist der Tenor der Gewaltigen der Arbeiterbewegung. Ein Wunder - nach jahrzehntelanger Geschäftstüchtigkeit der kommunalen Kultureinrichtungen? Initiativen zur

Änderung dieser Misere können auch sicher nur zum Teil von Kleinkinos ausgehen, die auf ein spezifisches kritisches Publikum abgestellt sind. Aber schließlich besitzt die Gemeinde einen Großteil der relevanten Großkinos, und gute Filme gibt es genug.

Kulturelle Interessensvertretung der Gewerkschaften

Ein angemessenes Gegengewicht zu der verbürgerlichten Sozialdemokratie in der wiener Gemeindeverwaltung bietet der Gewerkschaftsbund. Ihm gehören mit dem Verein Wiener Arbeiterheime nicht nur das Volkstheater, sondern auch sechs wiener Kinos.



Gewerkschaftseigenes Amalien-Kino: Arbeiterkultur?

Die meisten Filme stellen die vom ÖGB Vertretenen als Sexualtrottel dar, wohl so, wie es den Herren in der Hohenstaufengasse recht wäre. Der Einfachheit halber hat der Gewerkschaftsbund seine Kinos nämlich weitervermietet - an den Konzern, der auf diesem Gebiet der Filmkunst wirklich führend ist. Arbeiterkultur, von amerikanischen Filmverleihen vermittelt? Geschäftsprinzip in den Arbeiterheimen? Oder gezielte Entpolitisierung?

K. L.



I. Nullpromille und Kastration

In der "Kronzeitung" vom Sonntag, den 20. März 1977 schlägt Staberl für Berufsfahrer die Einführung der O-Promille und für Triebverbrecher die Kastration vor. Erster Vorschlag läßt erkennen, daß es sich hier durchaus um einen modernen Zeitgenossen handelt, der das alles - nach reiflicher Überlegung und nach eingehender Aussprache mit einem sachverständigen Rechtsanwalt - zur Diskussion stellt und nicht um einen verspäteten Mitläufer Adolf Hitlers. Staberl, treffliches Pseudonym für Nimmerrichter, war und ist seit Jahren immer Richter in erster und letzter Instanz für alle brennenden Fragen der Gerechtigkeit, ob in der großen Welt draußen oder bei uns in der engeren Heimat. Mit untrüglichen Instinkt formuliert Staberl fast täglich in seiner Kolumne, was den alpinen Neandertaler unserer Tage bewegt. Was dieser vielleicht nur stammelnd und lallend, wirr und exotisch hervorbringen könnte, präsentiert Staberl in vollendeter Gestalt. Staberl ist sicher nicht der publizistische Kopf der auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung, aber gewiß deren wichtigstes Glied. Seine Ergüsse sind es, die den durchschlagenden Stil des Blattes prägen, seine Popularität schier unerreichbar machen. Was ist gegen ihn ein Viktor Reimann mit seinen verhalten-antisemitischen Tendenzen, ein Trost mit bramarbasierend wahrgenommener Kompetenz für Weltpolitik, Novotny, der Biedermann vom Dienst und der Mahr, der in den unruhigen Nächten österreichischer Politiker schwer auf deren Träumen lastet? Sie können Staberl nicht die Druckerschwärze reichen. Aber - das sei vermerkt, weil es heißt, daß manch einer der Genannten ansonsten recht anständig sein soll - sie teilen dieselbe Druckerschwärze mit ihm. So eine Boulevardzeitung zu machen, daß sie Massenauflage erzielt, ist gar nicht so einfach, wie vielleicht ein Laie sich das vorstellt. Sex, crime

Aspekte zum Thema Todesstrafe

und Kochrezepte tun's alleine nicht. Die "Kronenzeitung" beschäftigt zur Zeit die wohl fähigste Nachkriegsgeneration zu allem entschlossener Journalisten Österreichs. Diese verstehen es, dem Spießler - ob Kleinbürger, Angestellter, Arbeiter, Hausfrau oder Pensionist - seine Ängste, Vorurteile, Sympathien und Antipathien so zu präsentieren, wiederzugeben und zu bestätigen, daß sie als seriös, begründet und berechtigt erscheinen. Zweifellos gefällt nicht allen Lesern alles, was in der "Krone" steht. Aber jeder kommt ein bißchen auf seine Kosten. So eine Zeitung ist ein empfindlicheres Instrument als ein Seismograph. Sie muß alle

was ihr mit dem ORF an Niederlagen, Demütigungen und politischen Katastrophen ins Haus stand. Und dies nicht, wegen eines linken, oder auch nur echt reformerischen Anspruchs in der Politik, sondern wegen der seit dem Amtsantritt Kreisky's praktizierten liberal-bürgerlichen Politik der SPÖ. Was Bacher lassen mußte, tut die "Kronenzeitung" mit ihrem bescheidenen Umfang von einer Million Lesern weiter. Der Ruf nach dem Henker erscholl von unten, von kleinen, feigen, verängstigten Seelen die vielleicht jene Zeugen des Mordes an der kleinen Gabriele in Gloggnitz waren, die das Mädchen schreien hörten, aber lieber ihrer Wege gingen,



noch so feinen und verborgenen Schwingungen der "Volksseele" erfassen und sofort registrieren können. Verglichen mit der "Kronenzeitung" ist beispielsweise die "Presse" wie die bestellte Schmiere gegenüber der Überzeugungskraft von elementarer urwüchsiger Dichtung. Mag sie noch so sentimental, brutal und irrational sein, die Leser brechen in Tränen aus, sie jauchzen und klatschen Beifall. Die Redakteure der "Kronenzeitung" spielen meisterhaft auf dieser Klaviatur. Ein anderer großer Meister dieses Genres, Gerd Bacher, bewies seinerzeit mit der Schranz-Hysterie wie man bei richtiger Handhabung der Massenmedien Hunderttausende auf die Straße und vors Bundeskanzleramt bringt. Einem selten so perplexen Kreisky soll's damals kalt über den Buckel gelaufen sein. Im Falle Gerd Bachers erkannte mit Kreisky die SPÖ,

genauso, wie sie es ja zu Hause tun, wenn in der Nachbarswohnung die Frau um Hilfe schreit, weil sie von ihrem besoffenen Mann geprügelt wird, wenn Kinder Schmerzensschreie ausstoßen, weil sie von ihren von der Gesellschaft getretenen Eltern geschunden und gequält werden: "Misch dich nicht ein!" ist meistens die Parole der tapferen Befürworter der Todesstrafe, sollen sich doch die Polizei und die Gerichte darum kümmern. Und wenn die damit nicht fertig werden, wenn sie die Folgen nicht verhindern können, dann muß eben im nachhinein der Henker her, unterm Hitler hätte es das net gebn, da wurde den Mördern der Kopf abgeschlagen, da wurden alle Verdächtigen gleich ins Konzentrationslager eingesperrt, die gesunde Gesellschaft von den geistig Abnormalen entlastet, teils durch sanfte Einschläferung, teils

durch Kastration und Sterilisation. Was soll das lamentieren? Daß das heute noch massenhaft verhängt, darf niemanden wundern, am allerwenigsten von der SPÖ. Dreißig Jahre Notstand an politischer Aufklärung, wissenschaftlicher Argumentation, frontaler Auseinandersetzung mit allem Ewiggestrigen wirkt sich schließlich aus. Was haben die Massenmedien die ganze Zeit getan? Sie haben - völlig logisch nach den Gesetzen des Zeitungsmarktes, wo die Konkurrenz am mörderischsten ist - jede noch so billige Massenemotion vor ihren Zeitungskarren gespannt. (Ausnahmen in Ehren: siehe den Gastkommentar zum selben Thema von Peter Koller in der Kleinen Zeitung vom 23. 3. 77, "Plädoyer gegen die Scharfmacherei".) Und so verdankt Broda, der es schwer hat, vielleicht als einziger wirklich schwer hat in der SPÖ-Regierung, er verdankt diese Schwierigkeiten der unermüdlichen Politik seiner eigenen Partei, alles über Bord zu werfen, was in einer bürgerlichen Demokratie politisch nicht marktgerecht ist: dem systematischen Abbau aller Elemente der Schulung, Aufklärung und Bewußtseinsbildung, dem Verzicht auf jegliche Gegenöffentlichkeit in der Arbeiterschaft - die heute "Kronenzeitung" liest. Und man sage nicht, es sei nur der Staberl halt, es ist aber nicht die durchgehende Linie des Blattes (dem zarte Bande zum ÖGB nachgesagt werden). Der Vorschlag Staberls, Triebverbrecher kastrieren zu lassen, stand zufällig direkt neben dem Bericht über die Eröffnung einer Anstalt für geistig abnormale Rechtsverbrecher. Da wird nicht nur nach dem Volksmund geraunzt, da wird Politik gemacht. Die Aufpeitschung der "gesunden Volksinstinkte", die Forderung nach Radikalisierung der Rechtsprechung, nach Wiedereinführung der Todesstrafe, nach Kastration, hilft nicht nur die Auflage steigern, sondern hilft auch eine Stimmung im Land erzeugen, die sich eines Tages politisch gegen die "Linksradikalen", gegen alles Nichtbodenständige und "Fremde", letztlich gegen die gesamte Arbeiterbewegung wenden ließe. Wie gehabt.

Zsolt Patka

II. Staberl abschneiden!

In den letzten Wochen wird in Österreich, namentlich von der "Kronenzeitung" und seinem sattem bekannten Schreibtisch-Täter Staberl, eine intensive Hetzkampagne zur Einführung der Todesstrafe für Gewalt- und "Triebverbrecher" geführt. Unterstützt von Leserbriefen, die unter dem Motto "Das Recht geht vom Volk aus" veröffentlicht werden, und unter heuchlerisch-sentimentaler Ausschachtung von Sexualdelikten wird die Sensationslust der "Kronenzeitung"-Leser geschürt und ihr schlechtes Gewissen darüber durch unverblümt faschistische Lösungsangebote beruhigt: Todesstrafe, Kastration, lebenslange Zwangsarbeit oder gar Lynchjustiz. Jeder Anlaß ist recht: in Gloggnitz wurde ein kleines Mädchen, in Wien eine brave 23jährige aus der Steiermark ("Margit liebte Blumen und die Sonne", "Mein Gott, warum habe ich nur zugelassen, daß sie nach Wien geht!") brutal und "bestialisch" ermordet.

**Heute bei Ihrem Trafikanten
die neue National-Zeitung:
Was im KZ Auschwitz wirklich
geschah und
Warum die Todesstrafe notwendig
ist** Bez. Anz.

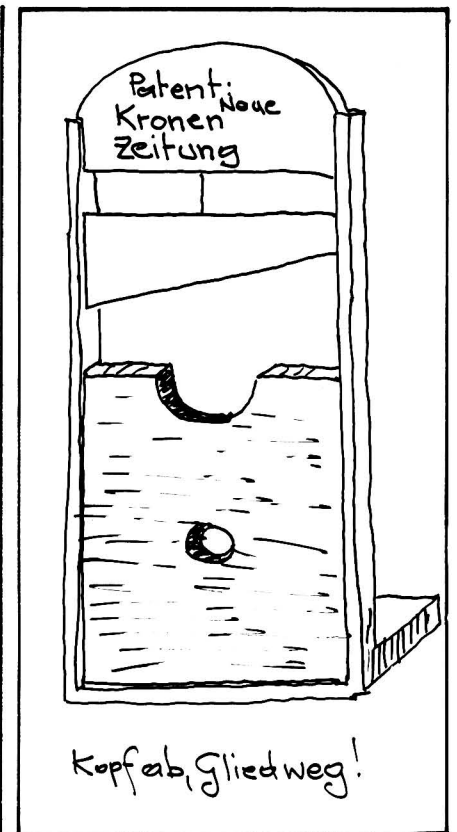
Aus: "Kronenzeitung", 25. März 1977.

Ganz anders sieht die Berichterstattung über Frauenmorde aus, wenn das Opfer zufällig nicht so brav war ("Abends gehe ich überhaupt nie alleine weg, wenn ich bei einer Freundin bin, dann fahre ich mit dem Taxi heim und meine Wohnungstüre sperre ich immer sofort zu" - so beruhigte Margit ihre besorgten Eltern): Wenn die Frau etwa eine Prostituierte oder lesbisch war, wenn sie um etliche Jahre älter war als ihr Mann, er ihr "sexuell hörig" war oder sie ihn durch finanzielle Unabhängigkeit oder gar durch Untreue in seinem männlichen Ehrgefühl verletzt hatte. Da ist die Berichterstattung in derselben "Kronenzeitung" plötzlich voller Mitgefühl für den Täter, da kommt dann, noch als zerstückelte Leiche, die lose Frau selbst auf die Anklagebank. Wie sehr mußte sie ihn gereizt haben, daß er, der sonst so nett, zu solchen Greuel-taten fähig wurde.

Die Aussage ist klar: Frauen, nehmt Euch in acht. Die Triebtäter lauern hinter jedem Busch, ihr triebhaftes

Glied zum nächsten Anschlag gezückt. Bleibt zu Hause, geht nachts nie ohne Begleitung aus. Am Besten legt euch so bald wie möglich einen braven Mann zu, der euch vor der Triebhaftigkeit anderer Männer beschützt. Wagt es ja nicht, auszusteigen aus eurer Frauenrolle - denn dann werdet ihr erst recht zu Opfern, zu solchen allerdings, die niemand beweint. So oder so, Frauen sind Opfer und haben sich danach zu verhalten.

Das sensationslüsterne Aufmachen von Einzelfällen schüchtert die Frauen ein, hält sie gefügig und läßt den Ruf nach einer starken ordnenden Hand erschallen. Gleichzeitig rückt die Darstellung von Mördern als abnorm triebhafte Perverslinge und unheilbar Sexualgestörte diese Gewalttaten in den Bereich des Krankhaften und verschleiert so die gesellschaftlichen Ursachen solcher Frauenmorde. Sie verschleiert, daß Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft allgegenwärtig ist und als kaum zu beachtende Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Die tatsächliche Gewalt gegen Frauen droht nicht vom perversen Sexualattentäter am Nachhauseweg im dunklen Park oder auf der Kellerstiege. Die tatsächliche Gewalt liegt in den täglichen Belästigungen auf der Straße und in den öffentlichen Verkehrsmitteln, in der Preisgabe des weiblichen Körpers in der Werbung und in den Medien als Mittel der Konsumsteigerung, in der Schwierigkeit eine Abtreibung zu bekommen, in den gesundheitsschädlichen Verhütungsmitteln ausschließlich für Frauen, in der schlechten Ausbildung, in der Gratishausarbeit und in der Unterbezahlung von Frauen am Arbeitsplatz. All das macht aus Frauen abhängige, finanziell, physisch und psychisch auf Männer angewiesene Menschen, macht aus ihnen "natürliche Opfer". Doch auch die vom bürgerlichen Rechtswesen als Gewalt anerkannte offene Gewalt gegen Frauen, lauert nicht hinter dem Busch. Amerikanische Untersuchungen haben ergeben, daß mehr als die Hälfte aller Vergewaltigungen im eigenen Familien- und Bekanntenkreis verübt werden, ganz zu schweigen von Vergewaltigungen durch den eigenen Ehemann, die in solchen Statistiken überhaupt nicht aufscheinen. Denn diese gelten



nicht als Gewalt, sondern als legitimes Mannesrecht. Auch das Verprügeln von Ehefrauen, seit kurzem von der Frauenbewegung in den USA und in mehreren europäischen Ländern zu einem Politikum gemacht, ist Mannesrecht, solange es den Rahmen des "Schicklichen" nicht überschreitet.

Was hat Staberl, der mutige Vorkämpfer der Kastration für Triebverbrecher, dazu zu sagen? Da hätte er mit seinem Freund und Frauenschützer Dr. Burger viel zu kastrieren. Doch nicht etwa auch sich selbst?

Weder Vergewaltigung noch Frauenmord sind Triebverbrechen vereinzelter Perverser, die durch Kastration von ihrer "Krankheit" geheilt werden können. Sie sind bloß die Übersteigerung einer ganz gewöhnlichen und alltäglichen Gewalt, die als Ausdruck des Frauenhasses und der Frauenverachtung die Frau-Mann-Beziehungen in der patriarchalischen Gesellschaft bestimmen. Sie sind logische Konsequenz einer Gewalt, die gesellschaftlich angelegt und sanktioniert ist. Und für die "Heilung" dieser Gewalt bedarf es wohl "einschneidender" gesellschaftlicher Veränderungen.

Erica Fischer



Psychiatriereform in Österreich

Jahrzehntelang waren psychiatrische Anstalten von einer Mauer des Schweigens umgeben. Die Zustände, die dort herrschten, schienen unter dem Deckmäntelchen wissenschaftlicher Autorität und ärztlicher Hilfeleistung gerechtfertigt zu sein. Erst in letzter Zeit dringen gehäufte Berichte über skandalöse Mißstände im Bereich der psychiatrischen Versorgung an die Öffentlichkeit und finden auch Beachtung. Sogar von offiziellen Stellen wie z. B. dem Behindertenbeirat im Sozialministerium wird in einer Aussendung auf die miserable Situation der psychiatrischen Versorgung hingewiesen. Plötzlich wird sogar von Reformen gesprochen.

Woher kommt dieses Interesse an Fragen der psychiatrischen Versorgung? Bis vor kurzem durfte man nämlich nur hinter vorgehaltener Hand äußern, daß die Zustände skandalös sind, obwohl dies allgemein bekannt war. Besonders die sogenannten "fortschrittlichen" Psychiater in Österreich waren dagegen, daß die Versorgungslage öffentlich bekannt gemacht wird. "Daß die Zustände in den Anstalten schlecht sind, weiß eh' jeder. Veröffentlichungen können nur Schaden anrichten, Veränderungen sollten die Fachleute unter sich ausmachen!" (Aktennotiz über ein Telefongespräch mit Prof. Strotzka vom 2. 8. 1976).

Wohin es führt, wenn Fachleute Probleme unter Ausschluß der Betroffenen bzw. der Öffentlichkeit aushandeln, hat sich ja bis jetzt gezeigt. Was sogenannte "Reformpsychiater" in Österreich in "jahrzehntelangen frustrationsreichen Kämpfen um Verbesserungen" (Strotzka, in "Profil" Nr. 35/1976) erreicht haben, ist nicht gerade überwältigend. Die Misere der Psychiatrie ist meines Erachtens vor allem gerade darauf zurückzuführen, daß einige Fachleute die Probleme unter sich ausgehandelt haben. Die Interessen der Fachleute decken sich nicht unbedingt mit den Interessen der Betroffenen.

Daß Veränderungen möglich sind, wenn genügend Druck von der Öffentlichkeit vorhanden ist, haben meine Publikationen über die Zustände in Valduna/Vbg. gezeigt. Plötzlich ist Geld für die Psychiatrie vorhanden, wird mehr Personal angestellt, werden Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für das Personal zur Verfügung gestellt, gibt es offene Abteilungen, dürfen Elektroschocks nur noch mit Einwilligung der Patienten bzw. deren gesetzlichen Vertretern durchgeführt

Der Autor,

Hans Weiss studierte in Innsbruck Psychologie und arbeitete, um Grundlagenmaterial für seine Dissertation zu erlangen, als Pfleger im Landesnervenkrankenhaus Valduna in Vorarlberg. Seine dort gemachten Aufzeichnungen (z. B. eine Arztdiagnose: "Der Patient M. ist ein Fall für einen Theologen, Hören Sie sich das an, wie der gegen Gott schimpft, das ist nicht normal, der ist vom Teufel besessen!") führten unter anderem dazu, daß sich längere Zeit kein Psychiater zur Begutachtung seiner Dissertation bereitfand. Der von uns abgedruckte Artikel erschien in der Zeitschrift "betrifft sozialarbeit".

werden, werden Strukturänderungen in der Versorgung angekündigt, wird die Wichtigkeit von präventiven und rehabilitativen Maßnahmen betont und solche eingeleitet. – Warum wohl? – Sicher nicht, weil die Fachleute plötzlich beschlossen haben, diese Änderungen durchzuführen, sondern weil der Druck der Öffentlichkeit so stark war.

Es scheint eigentlich ein Widerspruch zu sein, daß gerade in einer ökonomischen Krise mit allen ihren Folgen wie z. B. Arbeitslosigkeit, eine Institution wie die Psychiatrie ins öffentliche Blickfeld gerät und von Reformen gesprochen wird. Eine Reform der Psychiatrie müßte normalerweise dazu führen, daß Patienten wieder schneller funktionsfähig (=arbeitsfähig) gemacht werden. Um arbeitsfähige Patienten entlassen zu können, müssen jedoch auch Arbeitsplätze für diese vorhanden sein. Da es jedoch schon in Zeiten der Vollbeschäftigung nicht einfach ist, für psychiatrische Patienten Arbeitsplätze zu finden, ist dies in ökonomischen Krisenzeiten noch weiter erschwert.

Daß im Bereich der Psychiatrie trotzdem von Reformen gesprochen wird,

hat vermutlich verschiedenste Ursachen. Zum einen spielt es sicherlich eine Rolle, daß in ökonomischen Krisenzeiten die Häufigkeit psychischer Störungen zunimmt. Dadurch werden die ohnedies überlasteten Versorgungskapazitäten weiter belastet, wodurch sich die schlechte Situation der Patienten verschärft. Eine weitere Rolle spielen wahrscheinlich die stark gestiegenen Kosten für die stationäre psychiatrische Versorgung. Es gibt in Österreich bis jetzt kaum halbstationäre Einrichtungen, durch welche die hohen Kosten der stationären Versorgung entscheidend herabgesetzt werden könnten. Eine Reform würde also wahrscheinlich eine Kostenersparnis bringen. Dieser wirtschaftliche Aspekt wird vor allem von der Landesregierung in Vorarlberg betont (Vorarlberg Bericht, Heft 16/76).

Ideologische Momente spielen wahrscheinlich ebenfalls eine Rolle für das Auftreten von Reformvorstellungen. Schließlich geraten die katastrophalen Zustände in den psychiatrischen Anstalten immer krasser in Gegensatz zu allgemeingültigen gesellschaftlichen Vorstellungen von sogenannten "freien, mündigen Bürgern" und "menschenswürdigen Lebensumständen".

Interessant ist, daß es in Österreich inzwischen sogar einige Psychiater gibt, die ihre gesellschaftspolitische Abstinenz aufgegeben hatten und öffentlich für ihre Reformkonzepte werben. Soweit mir bekannt ist, werden Reformpläne jedoch nur von Universitätspsychiatern vertreten, nicht jedoch von Anstaltspsychiatern. Zwischen Anstalts- und Universitätspsychiatrie bestehen einige wesentliche Unterschiede.

Anstalts- und Universitätspsychiatrie

Die Trennung in Anstalts- und Universitätspsychiatrie besteht seit ca. 100 Jahren. Psychiatrie als Wissenschaft



hat sich ursprünglich im 19. Jahrhundert in den Anstalten entwickelt. Erst mit der Etablierung der Psychiatrie als medizinische Wissenschaft (in Deutschland in der Hälfte des 19. Jahrhunderts) wurden psychiatrische Universitätskliniken eingerichtet. Seit der Trennung in eine Anstalts- und eine Universitätspsychiatrie sind die Unterschiede zwischen diesen beiden unverändert geblieben.

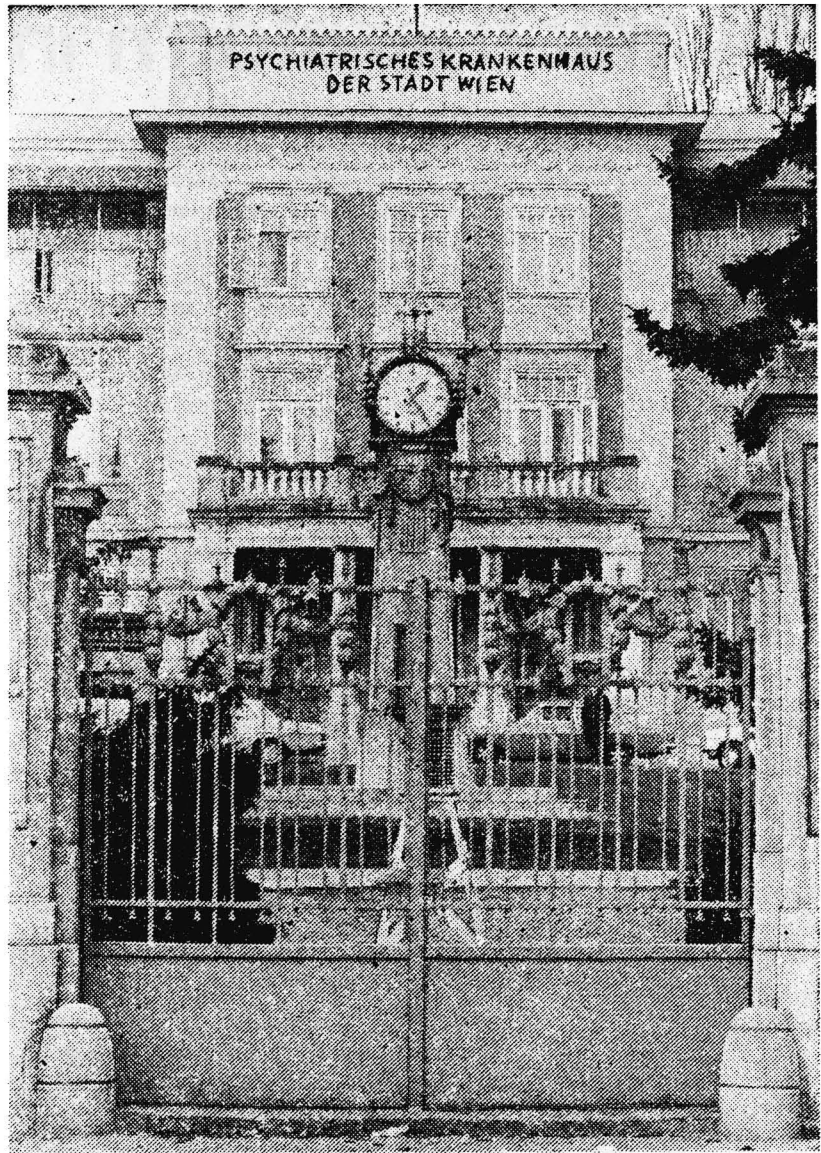
Universitätskliniken sind z. B. aufgrund ihrer Funktion als Forschungs- und Lehrinstitution sowohl finanziell als auch personell wesentlich besser ausgestattet als die Anstalten. (Zum Vergleich: Die Universitätsklinik Innsbruck mit ca. 90 Betten und Ambulanz verfügt über 15 Ärzte, 3 Psychologen, 1 Sozialarbeiterin, 1 Physiotherapeutin, 1 Musiktherapeutin, 1 Beschäftigungstherapeut. Das Landeskrankenhaus Hall/Tirol mit ca. 900 bis 1000 Betten verfügt über 7 Ärzte, 1 Psychologen, 1 Sozialarbeiterin.)

Der Unterschied zwischen Universitäts- und Anstaltspsychiatrie ist vor allem ein klassen- bzw. schichtspezifisches Problem. So befinden sich aufgrund der besseren personellen und finanziellen Ausstattung in den Universitätskliniken hauptsächlich wissenschaftlich interessante, finanziell und sozial gutgestellte Patienten, während sich in den Anstaltskliniken hauptsächlich chronische und sozial schlechter gestellte Patienten befinden. Die chronischen Patienten werden von der Universitätspsychiatrie alle in die Anstaltspsychiatrie abgeschoben, welche unter beschämenden Bedingungen deren Versorgung durchführen muß.

Ziele der Sozialpsychiatrie

Unter anderem werden von Reformpsychiatern als Reformziele die Verwirklichung von sozialpsychiatrischen Forderungen vertreten. Die beiden zentralen Forderungen der Sozialpsychiatrie sind: Einbeziehung sozialer Faktoren in Theorie und Therapie der Psychiatrie sowie die Herstellung einer psychiatrischen Versorgung, welche für alle Patienten die gleichen Möglichkeiten bietet.

Im folgenden soll ein Reformkonzept eines österreichischen Psychiaters dar-



Am Steinhof: Ohne Geld hinter Gitter.

gestellt und untersucht werden, dem aufgrund der Position seines Vertreters besondere Bedeutung zukommt. Es wird dabei gezeigt werden, daß die beiden zentralen Forderungen der Sozialpsychiatrie in diesem Konzept nicht enthalten sind und daß die Verwirklichung dieses Konzeptes eine Zementierung der bestehenden Verhältnisse bedeuten würde. Darüber hinaus soll untersucht werden, wie weit sozialpsychiatrische Inhalte in der von diesem Psychiater geleiteten Universitätsklinik bereits verwirklicht sind.

Kryspin-Exner hat seit der Übernahme der Leitung der psychiatrischen Universitätsklinik in Innsbruck eine Reihe von Aktivitäten entfaltet, die alle auf eine Reform der psychiatrischen Versorgung in Westösterreich abzielen. So hat Kryspin-Exner sowohl in Tirol als auch in Vorarlberg "Vereine für Psychohygiene" gegründet, deren Ziele die "Koordination der vielfälti-

gen Bemühungen auf dem Sektor zur Heilung und Betreuung seelisch Kranker und psychisch Gefährdeter" sind (Sozialpsychiatrie für das ganze Land, in: Vorarlberg Bericht, Heft 16/76) und in denen neben Ärzten und Beamten auch Sozialarbeiter und Psychologen vertreten sind.

In einem kürzlich gehaltenen öffentlichen Vortrag in Bregenz erläuterte Kryspin-Exner seine Vorstellungen von psychiatrischen Reformen. Kryspin-Exner plädierte dabei für eine Trennung der Patienten in "Heilbare" und "Unheilbare" und verwies in diesem Zusammenhang auf Tendenzen psychiatrischer Entwicklungen in Schweden und den USA. Nach Ansicht von Kryspin-Exner sollten die sogenannten "Unheilbaren" in geschlossenen Anstalten untergebracht werden, während für sogenannte "Heilbare" offene Krankenhäuser bereitgestellt werden sollten.

Der Anteil der sogenannten "Unheilbaren" in den psychiatrischen Anstalten beträgt nach Kryspin-Exner: 20% Schwachsinnige, 18% Sinnesverwirrte und 30% Schwerstschizophrene. Ca. 30% aller Patienten würden laut Kryspin-Exner also in den Genuß der psychiatrischen Reformen kommen. Der Trennung in "Heilbare" und "Unheilbare" Patienten liegen bestimmte ideologische Vorstellungen zugrunde. Dahinter steht ein spezielles Konzept von gesellschaftlicher Nützlichkeit. Wer nicht imstande ist, die Bedingungen zu erfüllen, die im Produktionsprozeß verlangt werden, hat kein Recht auf eine menschenwürdige Existenz. Dabei wird natürlich davon ausgegangen, daß Menschen sich an Produktionsbedingungen anzupassen haben und nicht umgekehrt. Wer nicht arbeitsfähig ist, kommt nicht in den Genuß der bürgerlichen Freiheiten. Das Etikett "Unheilbar" bedeutet in diesem Fall, da es ja mit lebenslänglicher Einsperrung verbunden ist, ein soziales Todesurteil.

"Nützlich" im Faschismus

Während der Zeit des Faschismus wurde das Prinzip der kapitalistischen Nützlichkeit übrigens konsequenter vertreten als heute. Im Zuge der Aktion "Vernichtung lebensunwerten Lebens" wurden zwischen 1939 und 1941 ca. 100.000 psychisch Kranke und Schwachsinnige ermordet. Da sie nicht arbeitsverwendungsfähig waren, waren sie nutzlos und es wurden ihnen damit nicht einmal zugestanden, eingesperrt existieren zu dürfen. Im Landesnervenkrankenhaus Valduna/Vbg. findet man übrigens in einigen Krankengeschichten aus den sechziger Jahren die Bezeichnung "Patient derzeit nicht arbeitsverwendungsfähig".

Zwei wesentliche Merkmale dieser Praxis sollen kurz dargestellt werden!

1. In Übereinstimmung mit der derzeit im deutschsprachigen Raum vorherrschenden medizinischen Orientierung der Psychiatrie wird sozialen Faktoren nur eine unwesentliche Rolle für Auftreten und Verlauf von psychischen Störungen

zugeschrieben. In der Therapie wird analog wie in der übrigen Medizin verfahren. Der Patient wird im wesentlichen auf einen Organismus reduziert, dessen Funktionen mittels der klassischen medizinischen Methoden verlängert werden können. "Die Behandlung der Patienten erfolgt fast ausschließlich medikamentös. . . Die Indikation zum Elektroschock stellt man großzügiger als von vielen modernen Autoren angegeben". (Die Nachbehandlung) "erfolgt wesentlich medikamentös." (Praktikumsbericht eines Medizinstudenten, 1976, S.3).

2. Psychiatrischen Konzept wie das der Sozialpsychiatrie gehen davon aus, daß bei psychischen Störungen nicht nur medizinische, sondern ebenfalls soziale und psychische Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Aus diesem Grund ist es auch ungerechtfertigt, der medizinischen Profession (dem Psychiater) eine dominierende Rolle zuzuschreiben und die anderen Professionen wie z. B. Sozialarbeiter, Psychologen, Pfleger, nur als Hilfsdienste für die Psychiatrie zu verwenden. An der psychiatrischen Universitätsklinik Innsbruck haben Sozialarbeiter, Psychologen usw. eng umrissene Aufgaben zu erfüllen, die ihnen von ärztlicher Seite angeordnet werden. "Insbesondere bei den ,Chefvisiten' sind auch nichtärztliche Mitarbeiter (Psychologen, Sozialarbeiterin, Praktikanten u. ä.) anwesend. Ihnen werden Aufträge erteilt: Den Psy-

chologen, Patienten zu testen, der Sozialarbeiterin, dem Patienten bei Wohnungs- und Arbeitsplatzbeschaffung zu helfen. Therapeutische Funktionen werden ihnen kaum überantwortet". (Praktikumsbericht eines Medizinstudenten, 1976, S.3)

Wird diese eng umrissene Rollenverteilung in Frage gestellt und stattdessen Teamwork propagiert, treten bei Psychiatern massive Ängste auf: ". . . heute glauben ja Leute wie Psychologen und Sozialarbeiter, das Recht auf die Seele des Patienten gepachtet zu haben. Wir als Mediziner dürfen aber dieses Gebiet nicht abgeben, da wir aufgrund unserer Ausbildung ja eine umfassende Sicht des Menschen haben". - So Prof. Prokop, Psychiater an der Universitätsklinik Innsbruck. (Zit. nach PIF: Innsbrucker Psychologenzeitung, Heft 2, 1976, S.26).

Wenn mit den Änderungen im Bereich der Psychiatrie tatsächlich eine soziale Psychiatrie entwickelt werden soll, so werden die Forderungen und Reformpläne jedenfalls wesentlich mehr beinhalten müssen als die Konzepte, die bis jetzt von einigen österreichischen Psychiatern vertreten werden. Für die Durchsetzung sozialpsychiatrischer Reformen wird es sicherlich entscheidend sein, wieweit egoistische Standesinteressen einzelner Berufsgruppen, die in der Psychiatrie tätig sind, zurückgestellt werden. Stattdessen müßte die Versorgung nach den Problemen und Bedürfnissen der Patienten ausgerichtet und organisiert werden.



und etlichen Polizeihunden aufmarschieren zu lassen, um unsere Illegalität in der Öffentlichkeit saftig zu unterstreichen.

Die Doppelbödigkeit wird klar

In einer Rathauskorrespondenzausendung spricht man von einem Rückfall in illegale Zeiten von Besetzung und Verdächtigungen. Aufgrund des Vorfalls ordnet man aber auch Disziplinarverfahren gegen die Beamtencamarilla an.

Was daraus wird, wissen wir aus Erfahrung.

Am 25. März beschließt dann die Mitgliederversammlung der Gemeinde bis 8. April die Möglichkeit einzuräumen, ein deutliches Zeichen ihres verbal geäußerten Willens zu setzen - so z.B. die Zurverfügungstellung des Verwaltungsgebäudes oder eines Provisoriums.

Auch dieser Termin wurde nicht eingehalten.

Tja, und noch eine Ironie am Rande, um aufzuzeigen, wie eilig die Gemeinde den ganzen Fragenkomplex behandelt:

Am 20. Jänner wird dem Verein ein Startkapital von S 50.000,- und ein Arbeitsstipendiat in ähnlicher Höhe zugesichert.

Dr. Podkowicz hingegen gibt sich unwissend - weiß nichts von einem Protokoll. Auch die Protokolle aus den Verhandlungen im Sommer sind ganz zufällig verschwunden. Ansonsten wartet er mit Hochmut auf: "Für Sachaufwand gibts kein Geld, das müßt ihr schon selber bezahlen" - als ob wir sonst schon ein Geld zu Gesicht bekommen hätten!

Was können wir daraus lernen?

Die Gemeinde wird in Wirklichkeit nie bereit sein, ihre Zusagen auch einzulösen. Diese politischen Äußerungen sind nichts anderes als Schlaf-tabletten für jene, die naiv genug

waren, zu glauben, die Gemeinde wäre bereit, den Bedürfnissen der wiener Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Unser Leitspruch in der ARENA war: WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT! Er soll es auch weiterhin bleiben.

Organisieren wir uns und legen wir unmißverständlich klar, daß wir nicht gewillt sind, uns das alles gefallen zu lassen.



Ein Aktivist der
Initiativgruppe
Inlandsschlachthof

Iberia - Prozeß

Urteil bestätigt

Wir haben schon ausführlich über die Vorgeschichte und die Hintergründe des Iberia-Prozesses berichtet (OL Nr. 18, Nov. 1975 und Nr. 27, Sept. 1976). Ganz kurz zur Erinnerung:

Bei der Demonstration vom 2. Oktober 1975 gegen die Ermordung spanischer Antifaschisten wurden sieben Demonstranten verhaftet und drei vor Gericht gestellt. Martin Hubmann und Toni Matzer wurden in erster Instanz zu drei Monaten Haft bedingt verurteilt.

Im Oberlandesgericht Wien kam es nun zur Berufungsverhandlung: Toni Matzer, gegen den die Staatsanwaltschaft von Beginn an nur einen Zeugen aufbringen konnte, welchem von der Verteidigung zahlreiche Widersprüche nachgewiesen werden konnten, wurde an die erste Instanz zurückverwiesen. blieb nur noch Martin Hubmann.

Bei der Verhandlung wurde die Show der 1. Hauptverhandlung abgezogen, die Widersprüche der Polizisten wurden bagatellisiert und überdies dazu herangezogen, um die Glaubwürdigkeit der Zeugen nachzuweisen.

("Wenn es ein Komplott der Polizei gegen die Angeklagten gäbe, hätten sich die Polizisten viel besser abgesprochen.")

Der Staatsanwalt deklarierte sich vielleicht noch mehr, als in der 1. Instanz. Aus der Einseitigkeit der poli-



Übrigens:

HELFT MIT BEI DER
ORGANISIERUNG DES ARENA-
WIESENFESTES!



Aktivistentreffen zur Vorbereitung
des Festes: am 15. April in Wien 1.,
Schottengasse 3a/I/59 (Melkerhof)



tischen Aktivitäten könne er dem Angeklagten keine "idealistischen Motive" zubilligen, was dann eben bedeutete, daß die Angeklagten kriminell gehandelt hätten.

Den unpolitischen Charakter dieses Prozesses wollte dann der Staatsanwalt dadurch beweisen, indem er auf die großzügige Handlungsweise der Polizei hinwies, die doch nur sieben Leute verhaftet hätte, von denen dann gar nur drei angeklagt seien. - Womit er klar zugibt, daß es sich hier nicht um die Verfolgung von Übeltätern, sondern um einen exemplarischen Fall handelt.

Das Urteil gegen Hubmann wurde in 2. Instanz bestätigt.

K. W.



Solidaritätshilfe für die Finanzierung
der Prozeßkosten:

PSK-Nr. 630 41 71



Abhöraffaires: 1984 rückt näher

Neuester politischer Skandal in der BRD: die Bespitzelung, und die auf Grund dieser Bespitzelung erfolgte Entlassung des Atomwissenschaftlers Traube wurden bekannt. Ein Fall der mehrere Probleme aufzeigt.

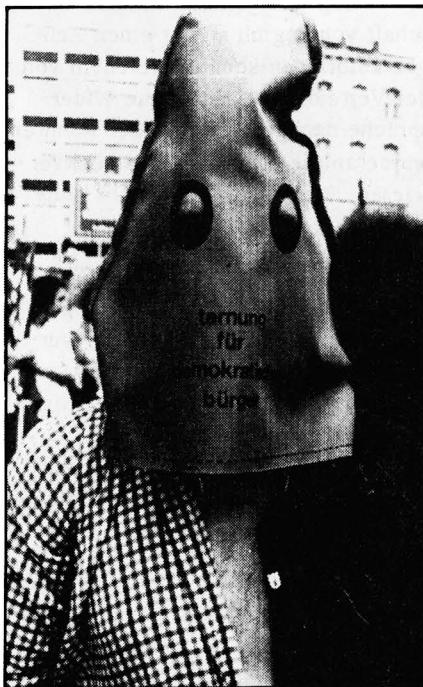
Da ist zunächst die Person des zuständigen Innenministers: Es war ja nicht Strauß, nicht einmal Genscher oder Leber, sondern Maihofer, der als Vertreter des linken F.D.P.-Flügels der Regierung angehört. Nachdem öffentlich angeprangert wurde, daß nicht nur Traubes Intimsphäre verletzt, sondern daß er auch durch den Verlust seines Arbeitsplatzes materiell geschädigt wurde, erklärte Maihofer, da auch monatelange Bespitzelung Traubes keine Verdachtsmomente ergeben habe, müsse der Schaden, den er erlitten hat, gutgemacht werden. Abgesehen von der Frage, ob eine Ehrenerklärung des Innenministers oder selbst des Verfassungsschutzes Traube heute noch zu einem seinen Kenntnissen angemessenen Arbeitsplatz verhelfen kann; ohne die Veröffentlichung des Skandals hätte Maihofer Traube den ihm sowohl zu Unrecht als auch in ungesetzlicher Weise zugefügten Schaden offenbar bedenkenlos tragen lassen. Wenn Linkliberale den Einzelnen so vor der Willkür des Staatsapparates schützen, wie mag da die Vorgangsweise einer Regierung Strauß - Kohl sein? Oder - verschwinden auch hier schon die Unterschiede zwischen Sozialliberalen und Unionsparteien?

Zugleich wird wieder einmal, nach der Ermordung Kennedys, der Verhaftung Abu Dauds und vielen anderen weniger spektakulären Fällen, die Frage aufgeworfen, ob die Politiker der bürgerlichen "Demokratien" überhaupt Herren der von ihnen gehätschelten Geheimdienste, oder in Wahrheit ihre Marionetten sind, abhängig von den Informationen der Geheimnis-Großhändler, stets in Gefahr, von ihnen politisch unmöglich gemacht oder gar physisch liquidiert zu werden. Dadurch wird freilich die politische Schuld Maihofers nicht gemildert, sich als Linkliberaler deklariert und zugleich

die Handlungen einer Institution ungeprüft gebilligt zu haben, die auf Grund ihrer Funktion wie ihrer Funktionsweise alles nur kein liberales Bewußtsein entwickeln kann.

Eine weitere Folge dieser Affäre ist, daß die Diskussion über die Frage, ob die Nutzung der Atomkraft mit den den Bürgern der entwickelten kapitalistischen Ländern zugestandenen Grundrechten vereinbar ist, aus dem Stadium abstrakten Theoretisierens getreten ist. Ist Traube nun wirklich das erste Opfer des kommenden autoritären Atomstaat geworden? Solche Vermutungen, in Schweizer Zeitungen geäußert, wurden von der Wiener AZ (früher Arbeiter-Zeitung) mit einem Bekenntnis zur atom-unabhängigen Repression dementiert: Wäre Traube in einer Munitionsfabrik beschäftigt gewesen, konnte man da lesen, wäre die gleiche Vorgangsweise angebracht gewesen. Die danach bekannt gewordene, ebenfalls gesetzwidrige Abhörang der Gespräche zwischen den gefangenen RAF-Aktivistinnen und ihren Anwälten (für die freilich CDU-Schieß, der Erfinder des Radikalenerlasses, die Hauptverantwortung trägt) läßt freilich darauf schließen, daß Traube das Opfer herkömmlicher Herrschaftsmechanismen wurde. Die Gefahren, die Sabotageakte im Nuklearbereich heraufbeschwören würden, sind freilich eine gute Ausrede, um die in der BRD seit langem geübte politische Unterdrückung zu "rechtfertigen".

P.H. ★



Kanada: Kampf um Unabhängigkeit

"Vive le Québec libre, vive la France! - Es lebe das freie Quebec, es lebe Frankreich!", rief 1967 der damalige französische Staatspräsident Charles de Gaulle, vom Balkon des Rathauses in Montreal. Drei Jahre später erlebten die Spannungen zwischen Anglo- und Frankokanadiern einen neuen Höhepunkt: Im Oktober 1970 entführte die separatistische Untergrundorganisation "Front de Libération du Québec" (Befreiungsfront Quebecs) den britischen Handelsattaché James Cross und den kanadischen Arbeitsminister Pierre Laporte; letzterer wurde ermordet. Die kanadische Bundesregierung verhängte damals bis zur Aufindung von Cross den Ausnahmezustand und mobilisierte die Armee. Ein Schritt, der auch heute noch von französisch-nationalistischen Kanadiern als militärische Besetzung durch die "maudits Anglais" - die verfluchten Engländer, bezeichnet wird. Am 15. November 1976 aber schlugen die Franzosen zurück: Der "Parti Québécois" (P.Q.), dessen erklärtes Ziel die Unabhängigkeit Quebecs ist, wo 80 % der Bevölkerung Frankokanadier sind, gewann die absolute Mehrheit im Parlament dieser größten Provinz Kanadas.

Gelebte Kolonialgeschichte

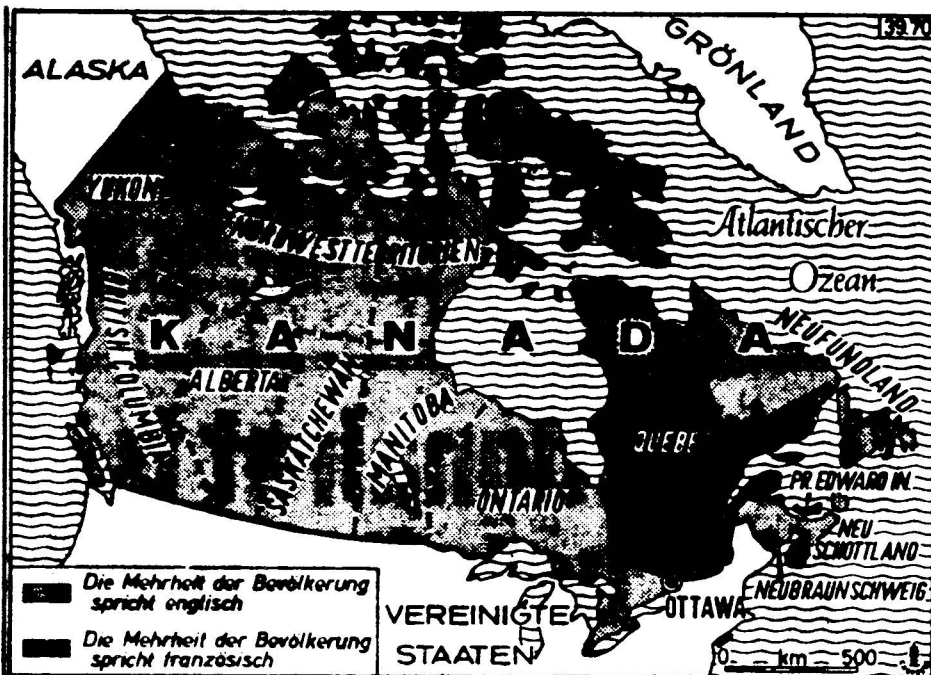
Anlaß für permanente Spannungen zwischen französisch- und englischsprachigen Kanadiern ist ein Stück Kolonialgeschichte, das in den Köpfen etlicher Kanadier bis auf den heutigen Tag aktuell geblieben ist.

1534 stieß der französische Pelztierjäger Cartier indem er dem St. Lorenz-Fluß stromaufwärts folgte auf eine Indianersiedlung (auf indianisch "Kanada") mit dem Namen "Kebek", was soviel wie Flußenge bedeutet. Als treuer Untertan seines Königs nahm er das Land zur Sicherheit gleich einmal für Frankreich in Besitz, was die dort lebenden Indianer allerdings nicht allzusehr beeindruckt haben dürfte. Deshalb schickte Heinrich IV. von Frankreich 1606 eine Flotte unter dem Abenteurer Champlain in die Neue Welt, welcher neben Patentbriefen für den ausschließlichen Handel mit Pelzwaren auch mit Landkonzessionen versehen war und an Stelle der Indianersiedlung Kebek das heutige Quebec "gründete". Champlain hatte sich allerdings etwas verspätet: bereits 1604 hatten die Engländer eine Niederlassung am Virginiafluß errichtet. Der Kampf um die Hegemonie zwischen Frankreich und Großbritannien konnte beginnen.

Auf Grund des damals geringen Entwicklungsstandes der Verkehrsverbindungen und der daraus resultierenden geringen Anzahl von Europäern in Amerika mußte man die Indianerstämme gegeneinander aufhetzen, um richtig Krieg führen zu können. Die Algonquins und die Huronen kämpften so für die Franzosen, die Irokesen für die Briten. Letztere unterlagen 1609 und Champlain erhielt den Titel eines Gouverneurs von "Neufrankreich". Der darauf folgende zweihundertfünfzig Jahre dauernde Status quo wurde durch wiederholte Geplänkel mit den Briten sowie durch Indianermassaker aufrechterhalten. 1756 erklärte die Briten den Franzosen schließlich den Krieg, den sie 1763 siegreich beendeten. Neufrankreich hatte zu bestehen aufgehört.

Die vehemente Anglisierungspolitik der angelsächsischen Verwaltung führte zu mehreren Verschwörungen und 1837 zu einem blutig niedergeschlagenen Aufstand der Frankokanadier. Dreißig Jahre später trugen die Briten dem insofern Rechnung, als sie die Kolonie zum Dominion und dieses wiederum zur Föderation zwischen dem frankophonen Unterkanada (Quebec) und dem anglophonen Oberkanada machten.

In dem seit 1926 unabhängigen Mitgliedsstaat des Commonwealth, mit



9, 976. 177 Quadratkilometer das größte Land nach der Sowjetunion, leben heute 22, 5 Millionen Menschen – davon außer der zahlenmäßig stärksten Gruppe der Anglokanadier 30 % Frankophone und nur ein Prozent Indianer. Mehr als 80 % der Kanadier französischer Muttersprache leben in der Region Quebec, eine starke Minderheit von 250.000 lebt in Neubraunschweig.

Dieselbe Sprache ist auch das einzige, das diese Gruppe objektiv miteinander verbindet. Denn je nach ideologischer Ableitung aus dieser Verbindung fühlen sich die einen als "Frankokanadier", also als Kanadier französischer Sprache, die anderen aber

als "Quebec-Franzosen". Letztere betrachten die Anglokanadier noch immer als Eroberer und vergleichen mitunter ihr Schicksal (als Nachfahren kolonialisierter Kolonisatoren!) paradoxerweise mit dem der Indianer. Wieviele "Frankokanadier" die Beibehaltung des föderalistischen Status wünschen bzw. wieviele "Quebec-Franzosen" einen unabhängigen französischsprachigen Staat wünschen, läßt sich allerdings aus dem Wahlergebnis vom 15. November nicht ablesen: Wohl errang der separatistische Parti Québécois fast 50 % der Stimmen, doch sprachen sich in einer zuvor durchgeführten Umfrage 57, 8 %



Aufstand der Franko-Kanadier 1837
Zeitgenössische Darstellung

gegen eine Lostrennung Quebecs von Kanada aus.

Die Einzigartigkeit der Sprache

"Wir wissen", erklärte der Bürgermeister von Montreal, "daß wir nicht so eine Art irredentistischer Stamm sind, wie man uns zuweilen hier glauben machen will, sondern, daß wir einer Zivilisation angehören, die ihre Einzigartigkeit hat." Dieses "Wissen um Einzigartigkeit" führt mitunter zu recht seltsamen Erscheinungen, wie die Forderungen des P.Q., allen in Quebec produzierten Waren den Stempel "Made in Quebec" aufzudrücken oder gar – entgegen den internationalen Bestimmungen – den Funkverkehr der Air Canada über Quebec in französischer Sprache abzuwickeln.

Daß englische und französische Lebensart unvereinbar seien, tönt auch aus der vis á vis liegenden chauvinistischen Ecke der Anglokanadier, deren Presse manchmal auch nicht zurückschreckt, die Mitglieder der P.Q. als von Frankreich bezahlte Agenten hinzustellen. Freilich, die anglophonen Kulturchauvinisten sind auf dem nordamerikanischen Kontinent eindeutig in der Mehrheit, brauchen daher nicht zu befürchten, daß ihre Kindeskiner ihrer Sprache, Kultur und was es sonst noch an "Einzigartigkeiten" gibt, entfremdet werden und sind daher scheinbar toleranter. Einen gesamtkanadischen Bilinguismus (Zweisprachigkeit) lehnen auch sie freilich ab, denn schließlich, so argumentieren sie, liegt Vancouver genauso weit von Montreal entfernt wie Le Havre.

Die Förderung der nationalen Zweisprachigkeit entspricht der Linie der Liberalen Partei, die den kanadischen Premierminister Trudeau stellt und bis zum 15. November 1976 auch in Quebec regierte. Auf ihr Konto geht das umstrittene "Gesetz 22", welches Französisch zur offiziellen Sprache Quebecs machte, – für die übrigen Regionen entsprechend das Englische – und alle quebecer Kinder mit mangelhaften Englischkenntnissen zum Be-

such einer französischen Schule verpflichtet. Diese Englischkenntnisse mangeln zumeist auch den 10 % "Neokanadiern", Einwanderern vor allem aus Italien, Spanien und Portugal, aber auch aus den osteuropäischen Ländern. Durch diese Regelung fühlen sich die Immigranten um ihre Mobilität innerhalb Nordamerikas betrogen. Doch wenn es nach dem Willen der Parti Québécois geht, werden in Zukunft nur noch Kinder englischer Muttersprache zu englischen Schulen zugelassen werden; zweisprachige Primärschulerziehung lehnt der P.Q. für frankokanadische Kinder jedenfalls als "Sprachkolonialismus" ab.

Ökonomische Hintergründe

Wenngleich der Sprachenkonflikt reale historisch-soziologische Ursachen hat und der Form nach bis auf den heutigen Tag weiterlebt, so sind seine aktuellen Gründe vor allem anderweitig zu suchen.

Die Industrialisierung Quebecs begann erst vor 15-20 Jahren und ist im Vergleich zu anderen Regionen Kanadas immer noch nicht sehr weit gediehen. Um die Wirtschaft zu fördern, wurden die ehrgeizigen Projekte der Weltausstellung von 1967 und der Olympischen Sommerspiele von 1976 in Montreal durchgeführt, die die Verschuldung Quebecs auf über vier Milliarden Dollar emporschnellen ließen. Gegenwärtig wird an der St. James-Bucht ein hydroelektrisches Kraftwerk errichtet, dessen Gesamtkosten wahrscheinlich 18 Milliarden Dollar betragen werden und für das Jahr 1977 jedenfalls 1,5 Milliarden Dollar an Investitionsmitteln aufgebracht werden müssen. Das bedeutet einerseits eine weitere Ausweitung des ausländischen – vor allem US-amerikanischen – Kapitalektors, der bereits jetzt 40 % der quebecer Wirtschaft kontrolliert; andererseits werden durch diese Art der Wirtschaftspolitik nur zeitweilig Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosenrate liegt mit über 10 % doppelt so hoch wie in der Nachbarprovinz Ontario.

Die Mehrzahl der Quebecer ist in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, die zusammen nur einen Anteil von 18 % am Kapitalvolumen dieser Provinz haben. Die traditionsmäßig klerikal-konservativen Kleinbürger – Quebec ist eines der wenigen Gebiete der Erde, das auch vom katholischen Standpunkt gesehen zuviel Geistliche hat – sind auch die Basis für die P.Q.

Sozialdemokratisch wie de Gaulle

Der Parti Québécois ist eine Partei, die sich zwar sozialdemokratisch nennt, aber als ihr Vorbild General de Gaulle verehrt. Sie, die noch bei den Wahlen von 1966 nur 8 % erringen konnte, stößt mit ihrer Argumentation, die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung, ja mehr noch, überhaupt die Industrialisierung, bringe bedrohlich viele Engländer ins Land, auf offene Ohren.

Ihre Forderung geht daher nach staatlicher Souveränität. Materiell soll der zukünftige Staat Quebec an Schulden und Vermögen Gesamtkanadas mit 27 % beteiligt sein und eine Wirtschaftsföderation nach dem Muster der EWG mit Restkanada und Frankreich eingehen. Die praktische Verwirklichung dieses Schrittes soll vom Ausgang eines diesbezüglichen Referendums, das von der neuen quebecer Regierung innerhalb der nächsten vier Jahre vorgesehen ist, abhängen. Ob es wirklich zur Lostrennung kommt, wird nicht nur vom Widerstand der kanadischen Bundesregierung abhängen, sondern auch vom großen Bruder USA: Im Rahmen des CIA-Projekts "Camelot", das sich mit den Domestizierungsmöglichkeiten von lateinamerikanischen Aufständischen befaßt, soll (laut "Spiegel") auch ein Plan zur militärischen Intervention in Quebec enthalten sein.

Die Sorgen der Parti Québécois sind allerdings vorerst einmal nur tagespolitischer Natur: im Frühling finden in Quebec Kommunalwahlen statt, zu denen der P.Q. erstmals kandidieren wird.

R. H. 

Italien:

Ein Patt

Es darf davon ausgegangen werden, daß in Italien eine tiefe Wirtschaftskrise mit der allgemeinen gesellschaftlichen Krise des Kapitalismus zwar zusammenfällt, aber daß der wachsenden Stärke der Linken, der Gewerkschaften wie der Parteien, keine revolutionäre Situation zur Seite steht. Es ist ein Gegenstand historischen Streits, ob diese klassische Situation, wo alles auf der Kippe steht und nur eines gewaltigen Stoßes bedarf, um krachend umzustürzen, kurz nach dem Ende des 2. Weltkrieges in Italien bestand, und ob sie von der - zu einem beträchtlichen Teil bewaffneten - Linken versäumt worden ist. Ein Hinweis zur Debatte sei erlaubt: In Griechenland, wo der bewaffnete Umsturz gewagt wurde, mündete das Unternehmen in ein Desaster, endete es als blutiges Abenteuer mit einer schlimmen Niederlage.



Die Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus im Zeichen des Historischen Kompromisses in Italien geht davon aus, daß die klassische revolutionäre Situation früherer Tage - der Sturm auf den Winterpalast 1917 ist das meistbeschworene Bild dabei - in den Metropolen des Imperialismus der Gegenwart sich kaum wiederholen dürfte, und wenn, dann unter Voraussetzungen, die der revolutionären Sache im Endeffekt wenig zuträglich wären. Die Logik der Blöcke, des Interventionismus im Gefolge eines Bürgerkriegs, den eine hochmodern ausgerüstete Exekutive

im Innern "legal" abstützen würde, verlangt eine Strategie der Beweglichkeit nach allen Richtungen und auf allen Ebenen, die diese Logik von vornherein zu unterlaufen und auszuschalten imstande sei. Nicht die Barrikade und der Straßenkampf contra Panzer und Hubschrauber sei der Weg zur Eroberung der Macht und ihrer Einsetzung gegen die Bourgeoisie und im Dienste der Arbeiterklasse, sondern die kombinierte Strategie von Klassenkampf an der Basis, von Bündnispolitik mit den Intellektuellen und den demokratischen Kräften des Volkes (ein beachtlicher Teil der DC-Wähler sind Arbeiter und Angestellte) und vom Ausbau aller verfassungsmäßig garantierten Rechte und Instanzen - in den Gemeinden, Regionen, dem Parlament und der Regierung - schaffe entsprechende Ausgangspositionen zu einer Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft. Der Einwand lautet: das ist Reformismus und Sozialdemokratismus alter Schule. Wenn Reformismus alles das ist, was nicht auf den bewaffneten Umsturz des bürgerlichen Staates abzielt, mag der Vorwurf stimmen. Die Sozialdemokratie wiederum unternahm und unternimmt nirgends, wo sie Regierungsmacht hat und die politischen Geschicke eines Landes bestimmt, auch nur den kleinsten Schritt in Richtung sozialistischer Transformation der Gesellschaft. Sie darf es nicht tun, weil es ihren Zielsetzungen zutiefst widerspricht, sie kann es nicht tun, weil sie für eine solche Politik nicht die geringste Massenbasis im Volk hat. (Niemand wäre von einem sozialistischen

Experiment in der Sozialdemokratie mehr überrascht als das eigene Partei-volk und ihre Wählerschaft.) Das ist im Fall der "eurokommunistischen" Parteien - bis dato - völlig anders. Soweit die Theorie.

Ein Jahr auf der Stelle treten

In der Praxis sieht es bei weitem komplizierter aus. Seit den Wahlen im Juni 1976, die große Gewinne für die KPI, aber auch eine unverkennbare Konsolidierung der DC gebracht haben, ist ein DC-Minderheitskabinett im Amt, das auf Gnade oder Ungnade den KPI- und SPI-Fraktionen im Parlament ausgeliefert ist. Die KPI verlangt die Bildung eines breiten Krisenkabinetts, dem alle demokratischen Parteien angehören sollten. Da sie die Alleinverantwortung für die Lösung der Wirtschaftskrise selbstverständlich nicht übernehmen will, ist diese Forderung logisch. Ebenso logisch ist die Weigerung der DC, dieser Forderung nachzukommen, da sie damit den ersten Schritt nach dreißig Jahren zur (Wieder)Anerkennung der KPI als regierungswürdig setzen und nach der Auflösung eines solchen Krisenkabinetts aller Parteien befürchten müßte, nie mehr zu ihrer alten Stärke zurückkehren zu können. Andreotti tut in dieser Situation das einzig Vernünftige: den Gegner mit dessen eigenen Waffen schlagen. Andreotti dreht den Spieß um, indem er von der KPI ständig Beweise ihrer Loyalität und ihrer demokratischen Gesinnung verlangt ohne diese durch substantielle Zugeständnisse seinerseits zu honorieren. Die Andreotti-Regierung präsentiert ein Austerity-Programm, das geringfügige und ohnedies unvermeidliche Einschnitte in die manchmal schon mittelalterlichen Interessensbereiche ihrer Klienten vorsieht, dafür aber von den Massen der Arbeiter und Angestellten die Zustimmung zu empfindlichen Verzichten auf dem Lohn- und Gehaltssektor, die Hin-nahme der Senkung des Lebensstandards verlangt. Diese Zustimmung



sollte - wer sonst - die KPI der Arbeiterschaft abringen. Nach den ersten zaghaften Schritten in diese Richtung wurde die KPI-Führung mit einer unwilligen und äußerst kritischen Basis konfrontiert. Die Hauptlast in dieser Auseinandersetzung zwischen Führung und Basis hatten aber die Gewerkschaften zu tragen. Sie sind in erster Linie dazu berufen, alle Anschläge der Regierung auf die materiellen Errungenschaften der Arbeiterschaft - und diese können sich in Italien sehen lassen! - abzuwehren. Bei hinhaltender Taktik droht ihnen wieder jenes Schicksal, das sie im heißen Herbst 1969 traf, als sie Mühe hatten, auf eine explodierende Basis neuen Einfluß zu gewinnen und das alte Vertrauen wiederherzustellen. Nun aber will Andreotti unter Hinweis auf ein damit als Bedingung verknüpftes Darlehen des Internationalen Währungsfonds den tragenden Pfeiler aller gewerkschaftlich erkämpften Erfolge der letzten Jahre, die gleitende Lohnskala angreifen, die an den Index der Lebenshaltungskosten gebunden ist und mit diesen automatisch steigt.

Der arbeitslose Massenakademiker auf der Barrikade

In diese Situation platzte die bisher heftigste Revolte auf den Universitäten Italiens, ausgelöst durch jenen Teil des Andreotti-Sanierungsplans, der dem Sektor der italienischen Hochschulen zugedacht war. Eine auf zahlreichen Ebenen durchgesetzte Demokratisierung der Hochschulordnung hat zu einem sprunghaften Ansteigen der Zahl der in Ausbildung befindlichen und fertig ausgebildeten Akademiker bewirkt (gegenwärtig gibt es über 1 Million Studenten in Italien). Die Folge war eine Massenarbeitslosigkeit unter den Jungakademikern (derzeit ca. 600.000). Die Krise der italienischen politischen Gruppierungen links von der KPI (PDUP-II Manifesto, Avantguardia

operaia und Lotta continua) seit ihrem unerwartet schlechten Abschneiden bei den Parlamentswahlen 1976, der Groll der studentischen Avantgarden auf die Politik der KPI und der Gewerkschaften, ließ die Interventionsmöglichkeiten und die Einflußnahme von marxistischer Seite auf ein bisher ungekanntes Minimum schrumpfen. Neu spontaneistische Gruppierungen wie die Großstadtindianer und die Autonomen gewannen Massenanhänger. Nach einer mißglückt vorbereiteten Ansprache des Führers der kommunistischen Gewerkschaften CGIL, Lama, kam es in Rom zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Studenten und Arbeitern auf Hochschulboden.

KPI-Selbstkritik und begrenzte Offensive der Gewerkschaften

Bei der dreitägigen ZK-Sitzung der KPI Mitte März fielen harte Worte der Kritik an der Politik der Parteiführung, nachdem diese schon vorher anlässlich der schweren Zwischenfälle auf den Universitäten an ihrer Politik im Jugendsektor Selbstkritik geübt

hatte. Kritisiert wurde die Untätigkeit der führenden Persönlichkeiten auf dem politischen Gebiet wegen der anhaltenden Patt-Situation, die Andreotti geschickt für sich auszunutzen verstand und die sich immer negativer auf den KPI-Einfluß an der Basis und in den Betrieben auswirkt. Kritisiert wurde auch die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Studenten, die sich - nicht zu Unrecht - mit ihren Berufsproblemen und Berufsaussichten im Stich gelassen fühlten. Nach der einige Tage später stattgefundenen Aussprache zwischen Andreotti und den Vorsitzenden der Parteien des "Verfassungsbogens" (mit Ausnahme also der Neo-Faschisten und der MSI), faßten die Gewerkschaften endlich wieder Tritt und antworteten auf die Forderung Andreottis nach einer rigorosen Lohnpolitik zwecks Sicherung der IWF-Kredite mit einem eintägigen Generalstreik. Auf dem Lateran-Platz in Rom waren über 200.000 Arbeiter versammelt, einige Gassen weiter hielten zehntausende Studenten ihre eigene Versammlung ab. Dies hat mehr als nur symbolischen Charakter. Es steht uns nicht an, der KPI und den italienischen Kollegen Ratschläge zu erteilen. Wir können nur hoffen, daß die KPI und ihre Verbündeten aus dieser schwierigen Patt-Situation herausfinden, die Kluft zwischen Arbeitern und Studenten schließen und Andreotti das Gesetz des Handelns entreißen können.

Zolt Patka



Informations-Solidaritätskomitee für Lateinamerika
(CISLA und IGLA) lädt ein:

Lieder aus Lateinamerika

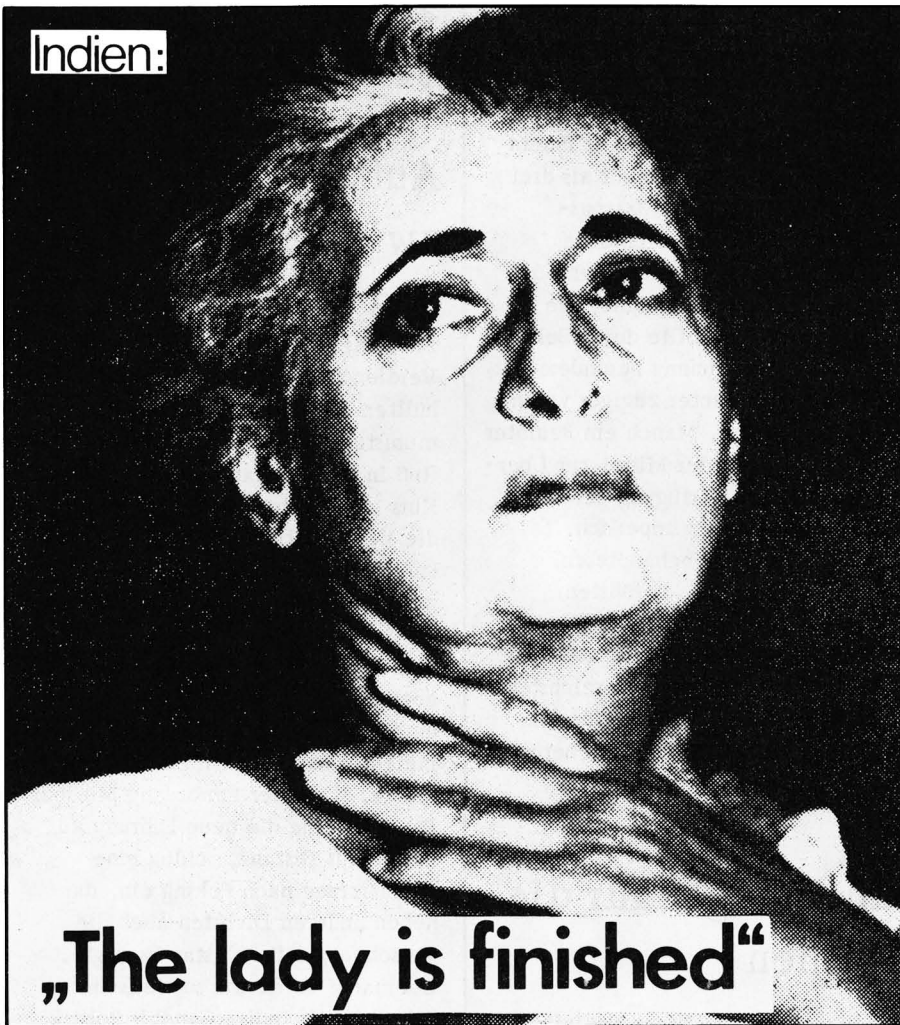
Daniel Viglietti
(Uruguay, derzeit im Exil in Paris)

Judith Reyes
(Mexiko, Sängerin)

Pantomimen, Filme, Darstellungen und Berichte über politische, wirtschaftliche und soziale Arbeit, Solidaritätsarbeit. Lateinamerikaner im österreichischen Exil.

Montag, den 25. April 1977, um 19 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Wien 4, Treitlstraße 3a - großer Saal

Indien:

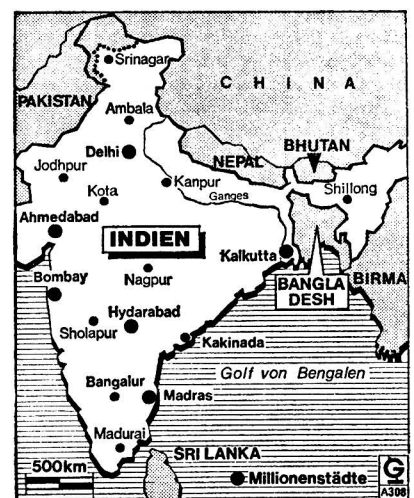


„The lady is finished“

Das Ergebnis der Wahlen in Indien nach knapp zwei Jahren Ausnahmezustand (emergency) ist sensationell, entbehrt aber nicht einer gewissen Logik. Es spricht Bände für die Verblendung Indira Gandhis, den Entschluß zu fassen, ihre diktatorische Herrschaft und die Nachfolge ihres anfangs beargwöhnten, später verhaßten Sohnes Sanjay durch legale Wahlen vor einer kritischen Weltöffentlichkeit und einer ohnmächtig scheinenden Opposition im Land legitimieren zu lassen. Sie glaubte dabei nichts zu riskieren und verlor auf Anhieb alles. Vorläufig jedenfalls. Denn die schwere Niederlage ihrer Partei verdankt sie weniger sich selbst als ihrem Sohn, verdankt sie ihrer Nachgiebigkeit gegenüber Willkürmaßnahmen und politisch instinktlosen Aktionen ihres 30jährigen "Kronprinzen", deren Folgen, früher oder später, hätte es nicht jetzt das Ventil der Wahlen gegeben, durch gewaltsame Entladungen des Volkszorns spürbar geworden wären. Die vereinigte Opposition - die Janata-Front - konnte sich zwar auf einige vorwiegend ältere, wohlbekannte und auch geachtete Persönlichkeiten stützen. Ihre Buntscheckigkeit - von der extremen Rechten bis zur Linken alles, was gegen die Indira-Clique war, vereinigend - ließ inhaltliche Alternativen gar nicht diskutieren, geschweige denn programmatische verkünden. Sie verdankt ihren überraschenden und klaren Sieg wiederum Indira Gandhi, ihrem Sohn, dessen haarsträubender Taktlosigkeit in politischen Belangen. In Indien ist also die Entscheidung nicht zwischen zwei Programmen und gesellschaftlichen Alternativen gefallen, sondern ein Großteil der indischen Wähler hat sich negativ zu den vergangenen zwei Jahren geäußert. Es ist vielleicht nur eine Frage der Zeit, wann Indira Gandhi (ohne Sohn) wie ein Phönix aus der Asche emporsteigt und als bußfertige Sünderin, klüger gewordene Retterin in der Not die politische Bühne wieder betritt. Das ist jedoch bloße Spekulation über die Zukunft. Über die Gegenwart gibt die Vergangenheit Auskunft. Was ist geschehen?

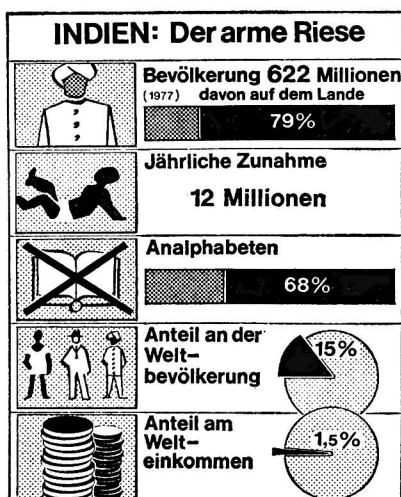
Indiras "Ramatama" - eine Flucht nach vorn

Es war der Sozialist Raj Narain - ihm ist Indira Gandhi im eigenen Wahlkreis blamabel unterlegen -, der den Stein ins Rollen brachte, als er durch eine geschickt eingefädelte Klage den Urteilspruch des Oberlandesgerichts in Allahabad vom 12. Juni 1975 bewirkte, wonach Indira Gandhi bei den davor abgehaltenen Provinzwahlen sich "korrupter Wahltaktiken" bediente und daher zum Verlust ihres Abgeordnetensitzes (somit auch des Amtes als Regierungschefin) verurteilt und für die Dauer von sechs Jahren für unwählbar erklärt wurde. Fast gleichzeitig unterlag die von Indira Gandhi geführte Kongreßpartei in der Provinz Gujarat einer buntzusammengewürfelten Opposition. Indiras Prestige, das nach dem Sieg im Krieg mit Pakistan 1971 mit dazu beitrug, daß der Neue Kongreß mit 47% der Wählerstimmen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erobert hatte, war schwer angeschlagen. Angeblich brachte sie eine Ohrfeige ihres Sohnes Sanjay wieder zur Vernunft, als sie ihren Rücktritt bekanntgeben wollte und Anstalten zum totalen Rückzug aus der Politik traf. Statt dessen wartete sie erst gar nicht den Ausgang ihrer Berufung beim Obersten Gerichtshof ab, verhängte am 26. Juni 1975 den Ausnahmezustand, ließ alle wichtigen Grundrechte aufheben und Zehntausende Oppositionelle aller Schattierungen (mit Ausnahme der moskautreuen Kommunisten) einsperren.



"Femlipleni" – Family Planning – Familienplanung = Kollektive Kastrationsangst

Wer A sagt, muß auch B sagen. Die Nachrichtenmedien wurden unter Regierungskontrolle gestellt und brachten von da an die üblichen Lobgesänge auf die Führerin Indiens (Indira ist Indien, Indien ist Indira); eine Kampagne gegen ausländische Korrespondenten setzte ein; die zwei letzten oppositionellen Provinzregierungen in Tamil Nadu und Gujarat wurden unter President's Rule gestellt (eine Maßnahme, die nur für äußerste Krisenfälle vorgesehen ist). In Tamil Nadu (südlichste Provinz Indiens) wurden dadurch alte Ressentiments gegen die nördlichen Arier wieder belebt. In Gujarat wurde die Maßnahme als Racheakt Indiras wegen ihrer Wahlniederlage ausgelegt. Am schlimmsten dürften sich die Maßnahmen ausgewirkt haben, die auf die Initiative des ehrgeizigen Hobbyautomobilkonstruktors und Erneuerers Indiens, Sanjay Gandhi, zurückgingen und unter seiner persönlichen, durch kein Amt gedeckten Leitung ausgeführt wurden: die Säuberung der Städte von Slums und die Familienplanung. Dutzende Tote und Hunderte Verletzte forderte die Schleifung des turkmenischen Viertels in Alt-Dehli. Bulldozer ließen die mehrstöckigen Häuser gleich einstürzen, nachdem die Familien ohne Vorwarnung durch Polizeigewalt auf die Straße getrieben



und dort auf Lastwägen verfrachtet wurden, die sie vor die Stadt brachten. Zu den blutigen Zusammenstößen kam es aber bei dieser "Säuberungsaktion" durch die zusätzliche Furcht der Familienväter von mehr als drei Kindern, daß nach der Zwangsevakuierung ihre anschließende Zwangssterilisation drohe. Denn die zweite nationale Kampagne, die Family Planning, sollte durch Belohnung und Auszeichnung besonders erfolgreicher Beamter zügiger vorangetrieben werden. Manch ein Beamter war bei der Wahl der Mittel zur Überredung oder der Verfügung der Sterilisation wenig zimperlich. Es soll, wie Gerüchte behaupteten, nach schlampig durchgeführten Zwangssterilisationen Todesfälle gegeben haben. (In Indien ist aber die Potenz des Mannes für den reichsten das höchstgeschätzte Gut - für den ärmsten eine Art Lebensversicherung)

Ein "Budget für die Reichen"

Der sogenannte "indische Sozialismus" Nehrus, hat unzweifelbar einige Verdienste auf dem Gebiet der Bekämpfung feudaler Strukturen aufzuweisen und hat bei der staatlich kontrollierten Industrialisierung des Landes eine wichtige Rolle gespielt. Zwar gehörte auch zum nationalen Heilsprogramm Indira Gandhis der Kampf gegen die Sklavenarbeit und die antiquierte Stellung der Maharadschas. Ihr Sohn Sanjay machte aber kein Hehl aus seiner Sympathie für den Privatssektor und hat sich in seinem Wahlkampf nebenbei der Hilfe der nach wie vor einflußreichen Maharadschas bedient. (Er unterlag mit seinen Privatjets und Lautsprecherwagen seinem auf einen klapprigen Fahrrad agitierenden Gegenkandidaten.) Die "Ära der Disziplin", die mit dem Ausnahmezustand ausgerufen wurde, hieß für die Arbeiter Indiens Streikverbot und Lohnstopp. Von einem Antiinflationkurs begleitet, durch Steuerbegünstigungen für Unternehmer, Investitionsanreize, gesenkte Importzölle für Maschinen jeglicher Art und hohe Entwicklungsausgaben wurde ein Haushalt der Expansion erstellt, der in Indiens "gemischter Ökonomie" dem Privatkapital und

dem Mittelstand entgegenkam (und ein Rekorddefizit von 900 Milliarden DM "erwirtschaftete").

Außenpolitik – zwischen Rückschlag und Realismus

Es ist vielleicht eines der wenigen Verdienste Sanjays, seiner unverhüllten Antipathie gegen Kommunisten und den sowjetischen Einfluß in Indien, daß der außenpolitische Kurs Indiens sich wieder mehr auf die Verpflichtungen der Blockfreiheit und Neutralität besann. Die Bereinigung der diplomatischen Beziehungen zu Pakistan und die Wiederentsendung eines Botschafters nach Peking dürfte aber ihre Ursache auch in der empfindlichen Schlappe haben, die Indien in Bangla Desh einstecken mußte. Nach der Ermordung Mujibur Rahmans ging die neue Führung zu Indien auf Distanz, schlug eine Orientierung nach Peking ein, das neben anderen Diensten auch die Versöhnung mit Pakistan besorgte. Überhaupt dürfte die sowjetische Führung, die Indira Gandhis Politik unterstützte und die CPI ihrem Kurs zu folgen stets verpflichtete, die jüngste Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge verfolgen. Es ist durchaus möglich, daß ihr Einfluß unter einem Sanjay noch mehr gelitten hätte, als unter den neuen Männern Indiens Desai und Ram.

Ende gut, alles schlecht

Indien, das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung der Erde, jenes mit dem größten ungelösten gesellschaftlichen Problemen, Atommacht und Mitbegründer der Politik der Friedlichen Koexistenz und ihrer Grundsätze (in Bandung unter der Leitung von Nehru und Tschou En Lai), ist mit der Entscheidung bei den jüngsten Parlamentswahlen der Lösung seiner Probleme nicht einen Zentimeter nähergerückt. Es hat aber eine ganz bestimmte fragwürdige Lösung seiner Probleme abgelehnt. Alles andere muß sich erst weisen.

Z. P.



bücher

Liebhaberinnen

In diesem Roman schildert die junge österreichische Erzählerin Elfriede Jelinek (Jahrgang 1946, geboren in der Steiermark) die Geschichte zweier Mädchen, Brigitte und Paula, die "aus einem Milieu, in den der Entscheidungsfreiheit dauernd unsichtbare Grenzen gesetzt sind" (Klappentext) kommen. Da ihnen keine Möglichkeit gegeben wird aus sich und durch sich etwas zu werden, müssen sie einen Mann finden, denn "wenn man keine gegenwart hat, muß man für die zukunft vorsorgen."

In beklemmender Weise wird die Aussichtslosigkeit und die Härte der Jagd nach dem Mann, der Leben bedeuten soll, dargestellt. Der mörderische Kreislauf, in den noch immer ein großer Teil der Frauen hineingeboren wird.

"... sie ist 15 jahre alt. sie ist jetzt alt genug, um sich überlegen zu dürfen, was sie einmal werden möchte: hausfrau oder verkäuferin..."

"... die hauptschule ist beendet, die männer im dorf sind entweder holzarbeiter oder sie werden tischler, elektriker, spengler, mauerer oder sie gehen in die fabrik..."

"... die mädchen werden ihre frauen..."

"... die frauen bleiben bis zu ihrer heirat verkäuferin oder hilfsverkäuferin, wenn sie geheiratet worden sind, ist es aus mit dem ver-

kaufen, dann sind sie selbst verkauft, und die nächste verkäuferin darf an ihre stelle rücken und weiterverkaufen, der wechsel geht fliegend vor sich..."

"... geburt und einsteigen und geheiratet werden und wieder aussteigen und die tochter kriegen, die hausfrau oder verkäuferin, meist hausfrau, tochter steigt ein, mutter kratzt ab, tochter wird geheiratet, steigt aus, springt ab vom trittbrett, kriegt selber die nächste tochter, der konsumladen ist die drehscheibe des natürlichen kreislaufs der natur, in seinem obst und gemüse spiegeln sich die jahreszeiten, spiegelt sich das menschliche leben in seinen vielen ausdrucksformen, in seiner einzigen auslagenscheibe spiegeln sich die aufmerksamen gesichter seiner verkäuferinnen, die hier zusammengelassen sind, um auf die heirat und das leben zu warten. die heirat kommt aber immer allein, ohne das leben..."

"... für die frau ende des lebens und anfang des kinderkriegens. während die männer schön reifen und zu altern beginnen ... dauert der todeskampf ihrer frauen oft jahre und jahre, oft auch noch so lang, daß sie dem kampf ihrer töchter beiwohnen können. die frauen beginnen ihre töchter zu hassen und wollen sie möglichst schnell auch so sterben lassen wie sie selber einmal gestorben sind, daher: ein mann muß her."

"... doch es ist gar nicht so leicht, einen mann mit einer schöneren zukunft festhalten zu können. die besseren berufe haben auch besseres zu bieten, daher dürfen sie gleich verlangen, daß man es macht, trotzdem darf man es nicht machen, weil sonst will der bessere beruf gleich etwas noch besseres, und aus..."

"... und alle brauchen sie ununterbrochen frauen und verwenden sie auch, aber selber wollen sie auf keinen fall eine schon gebrauchte frau kaufen und weiterverbrauchen. nein. das wird dann schwierig. weil wo nimmt man ungebrauchte frauen her, wenn frauen dauernd verbraucht werden? es gibt keine prostitution, es gibt aber eine menge unehelicher kinder, die, die hätte es nicht machen dürfen, sie hat es aber gemacht, dabei hat man es ihr gemacht, man hat es ihr gründlich besorgt, und jetzt steht sie da und muß selber die arbeit machen, auch die arbeit, die sonst der mann macht, und das kind bleibt bei der haßaufmutter und kinderfüllten oma. gebrauchte frauen werden selten und wenn, dann vom erstverbraucher genommen. dann müssen sie sich ihr leben lang anhören: wenn ich dich nicht genommen hätte, hätte dich kein anderer mehr genommen, und du hättest schauen müssen, wo du das geld fürs kind hernimmst, so habe ich dich im letzten moment doch noch genommen, und du kannst jetzt das geld von mir nehmen, ... und dann kann ich dich ohne schwierigkeiten dafür nehmen so oft ich will, aber daß unsre tochter keiner widerrechtlich nimmt und benützt, daß ich auf, daß sie nicht so eine wie ihre mutter wird, die sich schon VORHER hat nehmen lassen."

"laß mich nie mehr allein, bittet brigitte, mein leben ist sinnlos ohne dein leben."

"brigitte muß schauen, daß sie einen mann bekommt, der nicht ins wirtshaus geht, sie

muß schauen, daß sie eine schöne wohnung bekommt. sie muß schauen, daß sie kinder bekommt. sie muß schauen, daß sie schöne möbel bekommt, dann muß sie schauen, daß sie nicht mehr arbeiten gehen muß. dann muß sie vorher noch schauen, daß das auto ausbezahlt ist. dann muß sie schauen, daß sie sich jedes jahr einen schönen urlaub leisten können. dann muß sie allerdings schauen, daß sie nicht durch die finger schauen muß."

"ich liebe dich doch gerade deswegen, weil du ein mann bist, sagt brigitte. du bist ein mann, der einen beruf lernt, ich bin eine frau, die keinen beruf gelernt hat. dein beruf muß für uns beide reichen. das tut er auch spielend, weil er so ein großer schöner beruf ist..."

"... habt ihr auch eine zukunft? bildet einen ganzen satz: meine zukunft heißt ede. und all ihre gefühle muß brigitte alleine, nur mit hilfe ihrer muskelkraft hervorbringen. ohne technische hilfe.

kein wunder, daß sie überfordert ist. heinz verwendet seine muskelkraft, um sich einen beruf aufzubauen. heinz hat auch köpfchen, was ebenfalls dazukommt. brigitte traut ihrer muskelkraft nicht zu, daß sie ihre einen beruf aufbauen könnte, brigitte schafft gerade nur die liebe..."

Elfriede Jelinek tritt mit diesem Buch für eine qualifizierte Berufsausbildung der Mädchen ein, damit diese ihr Leben selbst gestalten können und nicht auf einen Mann angewiesen sind.

Durch Wiederholungen, wie z.B. "paula arbeitet hier als ungelernete näherin, paula arbeitet hier als ungelernete näherin.", wird die Trostlosigkeit der "Mädchenschicksale" noch deutlicher gemacht. Es ist deprimierend und das Bedürfnis wird wach, dieses Buch allen jenen unter die Nase zu halten, die das einengende Rollenbild der Frau, die Konzentration auf Haushalt, Ehe, Mann und Kind, welches angeblich die ausschließliche Glückseligkeit für Frauen bedeuten soll, noch immer verteidigen und als naturgegeben anpreisen.

Olga

Deine
Versicherungen
durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

SPÖ kontra VSStÖ:

Divide et impera

Ein Gespräch mit Sigi Mattl und Karl Öllinger

Im VSSTÖ geht's wieder drunter und drüber. Nach der Stilllegung der Beziehungen durch die SPÖ im letzten Sommer wurden den sozialistischen Studenten eine Reihe von Bedingungen diktiert, von denen jedoch niemand wußte. Schwere Fraktionskämpfe mit ständig wechselnden Mehrheitsverhältnissen waren die Folge. Der letzte Stand: die kompromißlosere Fraktion ist in der Mehrheit, erster Bundessprecher Häupl trat zurück, die Beziehungen wurden wieder stillgelegt. Die SPÖ baut eine neue Studentenorganisation auf, den SSTÖ. Eine Entwicklung, die sich im studentischen Rahmen ständig wiederholt? Um welche Inhalte geht es? Was für Ziele werden in diesen verwirrenden Auseinandersetzungen verfolgt? Wir sprachen darüber mit den beiden Bundessprechern des VSSTÖ, Sigi Mattl (Wien) und Karl Öllinger (Salzburg), die beide der linken Fraktion im VSSTÖ angehören.

O. L. : In der letzten Zeit ist der VSSTÖ unter verstärktem Druck der Parteiführung geraten. Könnt ihr einen kurzen Überblick über die Entwicklung der letzten Monate geben?

A: Am 8. oder 9. Dezember 76 kam es zu einem Gespräch mit Kreisky, bei dem dieser unter anderem erklärt hat, daß es für den VSSTÖ nicht möglich ist, an regierungsfeindlichen Demonstrationen teilzunehmen, bei dem aber gleichzeitig keine konkreten Bedingungen vereinbart wurden. Die Bedingungen sind zwei Tage nach der Wiederaufnahme der Beziehungen, die Kreisky bei diesem Gespräch erklärt hat, schriftlich vom Parteivorstand formuliert und, was wir damals nicht wußten, vom damaligen Bundessprecher Häupl gegengezeichnet worden. Auf der Bundeskonferenz vom 15./16. Jänner ist es neben einer Neuwahl des Bundesvorstandes, auf der Mattl und ich neben Häupl als Bundessprecher gewählt wurden, als erste Reaktion des VSSTÖ zu einem Beschluß gekommen, der die Bedingungen des Parteivorstandes mit dem Argument ablehnte, daß sie keine Basis für eine sozialistische Politik in der SPÖ ermöglichen. Es ist dann der Artikel in den Sozialistischen Nachrichten (Zeitschrift des VSSTÖ Salzburg, Anm. d. Red.) erschienen, in dem ebenfalls die Bedingungen nicht akzeptiert wurden, woraufhin die SPÖ durch Zentralsekretär Blecha intervenierte und von den Sektionen in den einzelnen Hochschulstädten und vom Bun-

des-VSSTÖ verlangte, sich von der Sektion Salzburg zu distanzieren.

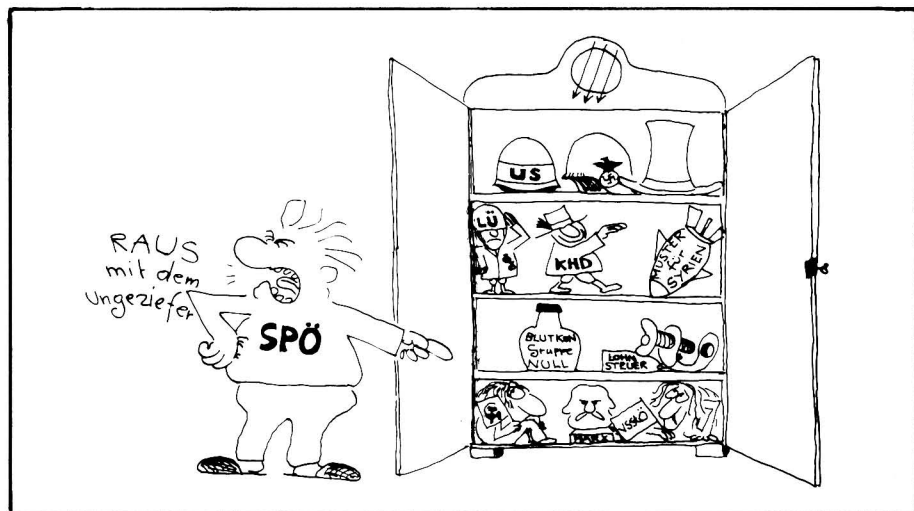
Auf einem Zentralrat im Februar hat sich daraufhin abgezeichnet, daß der einstimmige Beschluß der Bundeskonferenz vom Jänner von verschiedenen Sektionen nicht mehr gebilligt wird. Als Konsequenz von unserer Seite wurde dann ein Kompromißvorschlag gemacht, der einerseits vorsieht, daß bestimmte Sektionen durchaus die Bedingungen akzeptieren können, daß es aber gleichzeitig für Gruppen und Sektionen im Verband möglich sein muß, sie abzulehnen. Obwohl dieses Tendenzrecht von den Sektionen, die die Bedingungen akzeptiert haben - Wien, Linz und Leoben - abgelehnt wurde, wurde es in einem Brief an Blecha dazu gebraucht, ihm und der SPÖ ihre Loyalität und die Annahme der Bedingungen zu versichern. Auch das

passierte geheim. Dadurch hatte Blecha den Loyalitätsbeweis verschiedener Sektionen in der Hand und schickte daraufhin einen Brief an alle Sektionen, in dem er sie auffordert, zu den widersprüchlichen Erklärungen bezüglich der Bedingungen von Dezember Stellung zu nehmen. Die meisten Sektionen haben geantwortet und, wenn auch in verschiedener Form, die Bedingungen anerkannt, ohne sie allerdings zu kennen.

O. L. : Wie hat die Vereinbarung mit dem Parteivorstand konkret ausgesehen und welche Konsequenzen haben sich daraus ergeben?

A: Erstens beinhalten die Vereinbarungen, daß der VSSTÖ keine Demonstrationen unterstützen oder selbst tragen darf, zu denen auch andere Organisationen aufrufen. Zweitens, daß der VSSTÖ nur eine Autonomie in den Gremien der Hochschülerschaft genießt. Bei einer genauen Auslegung dieser Bedingungen darf der VSSTÖ offensichtlich keine Bündnisse auf der Hochschule eingehen, sondern er darf nur in den Gremien der Hochschülerschaft und der Universität, also beispielsweise im akademischen Senat, gemeinsam mit einer anderen Organisation abstimmen. Allerdings muß er auch darüber die SPÖ informieren. Das bedeutet, daß der VSSTÖ gezwungen ist, auf den Hochschulen eine extrem sektiererische und im wesentlichen parlamentarische Strategie zu führen.

O. L. : Die Parteiführung versucht bundesweit den VSSTÖ zu spalten. Wie schauen die Positionen im VSSTÖ dazu aus und welche Strategievorstellungen haben die einzelnen Strömungen im VSSTÖ diesen Spaltungsplänen gegenüber?





A: Was die Positionen anbelangt, so ist es einigermaßen schwierig, für jede einzelne Sektion klare Vorstellungen festzumachen. Wien und Linz halten weiter fest an der Einschätzung der Sozialdemokratie als verbürgerlichte Arbeiterpartei mit verschiedenen Widersprüchen, die es voranzutreiben gilt; Widersprüche zwischen reformistischen, also kapitalkonformen Kräften, und marxistischen Kräften. Das Verhältnis zur SPÖ wird von dieser Strömung taktisch bestimmt, nicht aber strategisch. In der Praxis wird die Arbeit des VSSTÖ in diesen Sektionen reduziert auf Propaganda und Schulung. Man geht von der Voraussetzung aus, daß es möglich ist, durch rein ideologische Auseinandersetzung die Basis der SPÖ nach links zu treiben, in einen Gegensatz zum Parteivorstand zu bringen. Andererseits sind starke Teile von Wien und in sehr klarer Form Salzburg sowie andere Sektionen der Meinung, daß sich die in der Sozialdemokratie organisierten Massen vor allem durch die praktische Auseinandersetzung und durch reale Kämpfe Einsicht gewinnen in den Charakter der Partei und in die Notwendigkeit eines eigenständigen politischen Handelns, auch gegen den Willen des Parteivorstands. Es ist von diesen Sektionen sehr klar formuliert worden, daß es nicht darum geht, abstrakt und prinzipiell ein Bündnis mit reformistischen Organisationen und Kräften in der Sozialdemokratie zu

schließen, sondern daß es darauf ankommt, die fortgeschrittenen Teile aus diesen reformistischen Organisationen für eine eigenständige Arbeit in der Sozialdemokratie zu gewinnen, sie autonom zu organisieren.

O. L. : Ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzungen ist die Frage der Bündnisse mit linken Organisationen außerhalb der SPÖ. Welche Bündnispolitik ergibt sich für die einzelnen Strömungen im VSSTÖ?

A: Die Sektionen, die die Bedingungen der SPÖ akzeptieren, können keine Bündnisse eingehen. Das entspricht genau ihrer Strategie, sich als reine Hochschulorganisationen zu verstehen, Politik der gewerkschaftlichen Orientierung zu betreiben und dann als Individuum im Parteiapparat zwar irgendwelche fortschrittliche Ansätze zu versuchen, aber das getrennt von einer Hochschulpolitik zu sehen. Es läuft auf eine ständische Politik hinaus.

O. L. : Ein Teil des VSSTÖ lehnt die Isolation auf Hochschulebene und die Arbeitsteilung innerhalb der sozialistischen Partei ab. Welche Bündnisperspektive und welche globaleren Strategievorstellungen im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Orientierung habt ihr?

A: Jene Gruppen, die diese Arbeitsteilung nicht akzeptieren, orientieren sich auf den Zusammenschluß oppositioneller Gruppen und Individuen in der Partei zu einem sozialistischen Zentrum. Von hierher sollten dann klassenpolitisch relevante Fragen aufgegriffen werden und von hier sollten auch die Formen und Inhalte der Auseinandersetzungen an den Hochschulen bestimmt werden. Eingeschlossen ist bei dieser Konzeption natürlich, daß dieses Zentrum die Kooperation mit anderen linken Gruppen suchen wird und daß diese Kooperation auch praktische Auswirkungen haben soll.

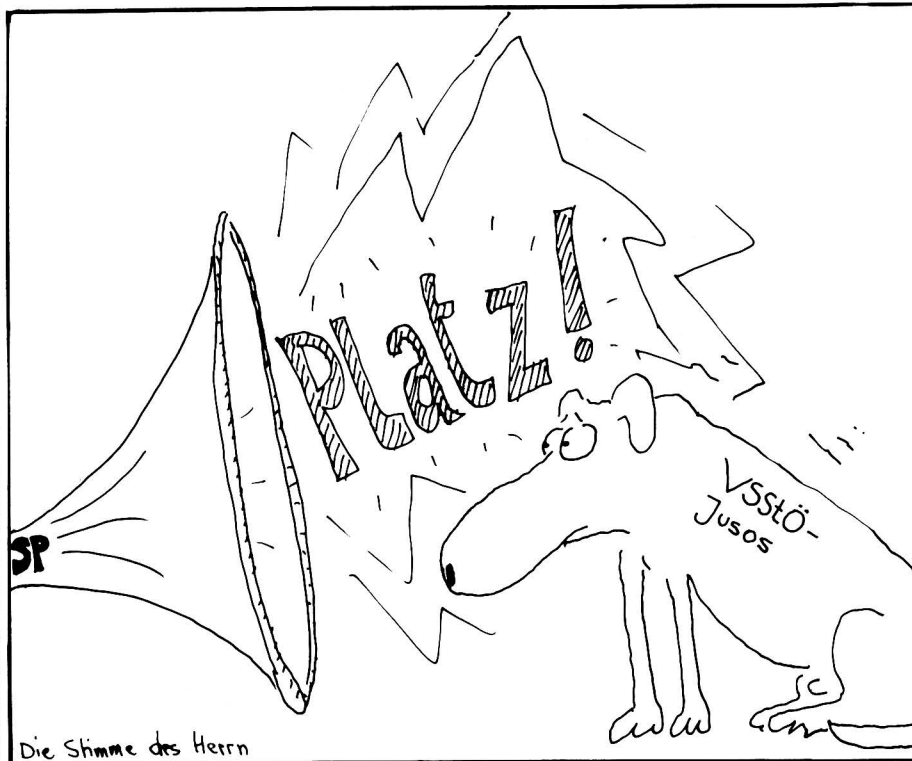
O. L. : Die Strategie der Parteiführung gegenüber der Herauskristallisierung eines solchen fortschrittlichen Pols war immer die, diese Gruppen und Leute zu isolieren, mit administrativen Mitteln aus den SP-Gremien und -Gruppen hinauszuekeln. Wie hat das im konkreten Fall ausgeschaut?

A: Im konkreten Fall des Ausschlusses in Wien, der die Genossen Pilz, Wiesner und mich betroffen hat, war es so, daß zum ersten Mal seit mindestens fünf Jahren das Statut des VSSTÖ, das ebenso bürokratisch strukturiert ist und ähnliche Entscheidungsmuster aufweist wie das der SPÖ, angewendet wurde. Es ist kaum von der Hand zu weisen, daß hier auch auf Intervention der Partei gehandelt wurde.

O. L. : Die Ausschlüsse von Wiesner, Matzl und Pilz sind von der Bundesdelegiertenkonferenz des VSSTÖ aufgehoben worden. Wiesner ist als Spitzenkandidat für den Zentralausschuß nominiert worden. Trotz dieses Erfolgs einer geschlossenen fortschrittlichen Strategie lautet die Taktik der Parteiführung weiterhin auf Spaltung des VSSTÖ und Isolierung der fortschrittlichen Ansätze. Auch wenn man sich den geschichtlichen Prozeß des VSSTÖ anschaut, hat es immer wieder diese Tendenzen gegeben, die eine geschlossener marxistische Bewegung des VSSTÖ letztendlich verhindert haben. Wie glaubt ihr, daß das diesmal unterbunden werden kann, wie glaubt ihr, daß diesmal eine Geschlossenheit bewahrt und eine Isolation und Absplitterung der fortschrittlichen Ansätze verhindert werden kann?

A: Der Probleme sind wir uns durchaus bewußt. Wir glauben, daß unsere Vorstellungen sich derzeit nur dann durchsetzen können innerhalb des Bundes-VSSTÖ, wenn wir erstens





Die Stimme des Herrn

alle Schweinereien, die in der Vergangenheit passiert sind - also die verschiedenen geheimen Absprachen verschiedener Individuen im VSSTÖ mit der Partei - aufgreifen und öffentlich machen. Zweitens müssen wir die Diskussion innerhalb des VSSTÖ um die Frage einer linkssozialistischen Alternative aufarbeiten und die Schwierigkeiten einer linkssozialistischen Politik innerhalb der SPÖ konkret an Hand der Schwierigkeiten, die wir hier innerhalb der letzten Monate erlebt haben, stärker diskutieren. Wir wollen zu einer politischen Plattform kommen und glauben, daß sich durch eine offensivere politische Diskussion auch die Fragen von Mehrheiten und Minderheiten in den einzelnen Sektionen anders stellen werden.

Zur weiteren Vereinheitlichung ist auch festzustellen, daß durchaus die Gegengründung, die in Salzburg durch die Gruppe Sozialistischer Studenten erfolgte, sich die Ausgangsposition für eine inhaltliche Diskussion um die ideologische Konsolidierung innerhalb des VSSTÖ verbessert hat. Sektionen, wie etwa Leoben, die sich durchaus und ohne Bedenken in allen diesen Fragen hinter die Bundesorganisation des VSSTÖ gestellt hat, wird durch die Konfrontation mit einer Gegengruppe sicherlich noch leichter zu überzeugen sein, wie eng die Grenzen linker Politik im VSSTÖ vom Zentralsekretariat aus gezogen wurden.

O.L.: Es könnte ja durchaus möglich sein, daß es zu Bündnissen zwischen diesen Neugründungen des SSTÖ und den rechteren Strömungen im VSSTÖ kommt. Unterscheiden sich diese beiden Strömungen und wäre diese Möglichkeit ein Bestandteil der SPÖ-Strategie?

A: Ich glaube schon, daß es diese Möglichkeit gibt. Meiner Einschätzung nach - und es gibt leider noch keine konkreten Formulierungen von Seiten der salzburger Gruppe SSTÖ - sind die Differenzen zwischen diesem SSTÖ und den JUSOS im VSSTÖ minimal und beschränken sich auf das Fehlen des V bei der Gruppenbezeichnung. Das heißt, dieser SSTÖ wird meiner Einschätzung nach dieselben Positio-

nen zur Frage der Bündnispolitik auf den Hochschulen einnehmen, wie die Rechten im VSSTÖ. Daher wird sich vermutlich erst nach den Hochschüler-schaftswahlen das Problem einer Koalition zwischen dieser Gruppe und Rechten im VSSTÖ stellen. Die Partei wird natürlich auf die ideologischen und politischen Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Gruppen verweisen und versuchen, eine Zusammenarbeit einzuleiten. Es ist ja bezeichnend, daß die Gegengründung in Salzburg erfolgt ist, dort, wo die Partei im Moment offensichtlich keine Möglichkeit sieht, mit dem VSSTÖ unter Akzeptierung der Bedingungen irgendwelche Vereinbarungen zu treffen.

O.L.: Der VSSTÖ war immer schon ein Durchhaus entweder für Leute, die über die linke Jugendphase hinaus eine Parteikarriere angestrebt haben, oder für Leute, die diese linke Zeit beim Wort genommen haben und dann vom VSSTÖ und von der SP nach links abgedriftet sind. Habt ihr nicht das Gefühl, ihr macht da etwas, das in verschiedenen Varianten historisch schon einmal da war?

A: Ja, da kann man durchaus auf die Formulierung zurückgreifen, die ihr in einem Interview für die "Sozialistischen Nachrichten" gebracht habt - der VSSTÖ oder die Arbeit im VSSTÖ ist ein biographisches Problem. Nur glaube ich, daß der VSSTÖ in dem Moment, wo es ihm gelingen würde, so etwas wie autonome sozialistische Positionen innerhalb der SPÖ zu formulieren, auch in organisatorischer Form, eine Relevanz bekommen könnte. Es ist einfach eine Notwendigkeit, der Politik der SPÖ und auch

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF.....ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

der Jugendorganisationen der SPÖ eine ziemlich klare politische Gegenposition entgegensetzen. Die Schwierigkeiten haben wir gerade in der jüngsten Vergangenheit ziemlich deutlich gesehen, die dann entstehen, wenn man versucht, autonome Positionen zu erringen. Uns ist weiters auch klar, daß man solche Positionen nur dann formulieren kann, wenn sie auf einer engen Kooperation mit Gruppen außerhalb der SPÖ basieren. Diese autonome organisatorische und politische Kraft soll dann durchaus nicht mehr auf ein studentisches Leben beschränkt sein, sondern Konzeptionen entwickeln, wie sie etwa in der Bundesrepublik existieren. Auch in Österreich, allerdings mit einer anderen politischen Zielrichtung, existieren solche Ansätze in Form einer ISP (Initiative für sozialistische Politik, Anm. d. Red.). Wir haben die Frage immer mit dem Begriff "sozialistisches Zentrum" umschrieben. Sollte dies gelingen, sehen wir Möglichkeiten, dieses biographische Problem des VSSTÖ, die Beschränkung auf eine studentische Epoche, aufzuheben.

O. L. : Und der Gedanke, die SPÖ endgültig zu verlassen, stellt sich euch nicht?

A: Nein, ich glaube, er stellt sich nicht in der Form. Es ist einfach eine Notwendigkeit, mit bestimmten Leuten innerhalb der SPÖ zusammenzuarbeiten. Das Problem einer Linken innerhalb der SPÖ würde sich auch dann stellen, wenn wir aus der SPÖ ausgeschlossen würden. Wir glauben, daß es im Moment wichtig ist, innerhalb der SPÖ zu arbeiten. Nur glauben wir, daß wir dazu bestimmte Bedingungen brauchen, daß wir nicht alles akzeptieren können, was uns der Parteivorstand vorschreibt. Das heißt, daß wir versuchen müssen, auch eine Konfrontation mit dem Parteivorstand auf einer politischen Ebene zu beginnen - eine tatsächliche Konfrontationspolitik, wie sie in der letzten Zeit vorgezeichnet worden ist.

O. L. : Wir danken für dieses Gespräch.

Individuelles Wohnen

heißt der Schlager der ÖSU für die nächste ÖH-Wahl. Gleich an erster Stelle steht der Punkt: "Renovierte Altbauwohnungen für Studenten". Der Plan, der bei den vorgesehenen Partnern schon auf großes Interesse gestossen sein soll, sieht so aus: Der wohnungssuchende Student bekommt von der "Z" oder der "Ersten Österreichischen Sparkasse" einen Kredit, zum größten Teil vom Bund getragen werden. Außerdem wird ihm eine Substandardwohnung zugewiesen (!), die er mit diesem Kredit nachweislich zu sanieren hat. Die meisten Studenten, die in den "Genuß" dieser Förderung kommen werden, sind nicht aus Wien und werden nach Ende des Studiums ja hoffentlich wieder wegziehen oder heiraten, eine Familie gründen und ihre Studentenbude aufgeben. Der Hausherr kriegt seine Wohnung kostenlos saniert, die Banken machen ihren Profit, bezahlt werden diese erfreulichen Dinge von den Jungakademikern und vom Staat. Es ist natürlich kein Zufall, daß diese famose Idee gerade jetzt auftaucht. Es läßt sich schon voraussehen, daß auch ein starker Konjunkturaufschwung nicht mehr so hohe Gasterbeiterzahlen bringen wird wie in den frühen siebziger Jahren. Da müssen die Hausbesitzer halt neue Wurzeln suchen, und die Österreichische Hausherren-, nein, Hochschülerschaft ist ihnen gerne behilflich. Zumindest solange die ÖSU dort die Mehrheit hat.

P.H. ★

Gesinnungsbenotung

An der Germanistik, einem Institut, an dem die Studenten schön langsam aufwachen und den Sand aus ihren Augen zu entfernen beginnen ins Ge-

triebe der bürgerlichen Wissenschaft hinein, wo eine Basisgruppe (die "Wissenschaftliche und emotionale Opposition") in kürzester Zeit großen Einfluß gewinnen konnte, und wo jetzt drohende Aufnahmebeschränkungen erfolgreich militant verhindert werden konnten, wurde einem Genossen eine besonders deutliche und extrem zynisch begründete Gesinnungsnote verpaßt. Genosse R. M. hatte im Sommersemester 1976 ein Seminar bei Dozent Aichinger besucht, darin "aufwiegende Tätigkeit" betrieben und versucht, mit seiner Seminararbeit nicht nur einen Tauschwert für ein Zeugnis zu produzieren, sondern Gebrauchswert für die Kollegen. Auf diese Arbeit, die sich politisch und methodisch dezidiert auswies, wurde ihm Ende Februar 1977 ein Zeugnis mit der Note NICHTGENÜGEND gegeben. Begründung: "Falscher Zeilenabstand, falscher Abstand des Textes vom Rand, lässige Zitierweise, Beistrichfehler, zu literarisch geschrieben". Außerdem habe er sich auf Literatur gestützt, die "wissenschaftlich umstritten" ist! (unter anderem E. Bornemann und Engels).

Allgemein ist man am Institut der Meinung, daß damit die Arbeit (in) der Basisgruppe und die politische Gesinnung "bestraft" worden sind. Die Seminararbeit wurde zusammen mit der Begründung der Note vervielfältigt und verteilt, um diesen Vorfall zu dem zu machen, was er ist: zu einem Skandal!

W. S. ★

AUF

Eine Frauenzeitschrift

Nummer 10
soeben erschienen

INHALT:

Geboren werden
und gebären

Selbsthilfe

Frauenbewegung

Inische Friedensfrauen

Frauen in Niger

Einzelheft 5 15.- Abo (4 Hefte) 5 50.-
1090 Wien Tendlergasse 6
Konto: Z 606 241305

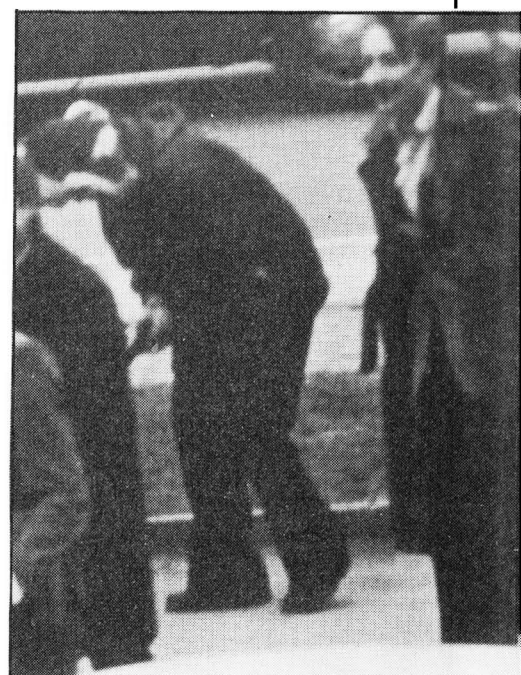
Das Gespräch führten K.L. und P.L. ★

Faschistischer Terror an den Hochschulen



Seit Monaten versuchen Neofaschisten der "Aktion Neue Rechte" (ANR) linke und antifaschistische Aktivitäten zu stören. Flugblattverteiler werden behindert, ausländische Studenten angepöbelt. Als am Mittwoch, den 30. 3. in Wien Verteiler eines antifaschistischen Flugblatts mit Gaspistolen und Schlagwaffen angegriffen wurden, kam es zu ersten Auseinandersetzungen, bei denen die Faschisten mit ihren Pistolen wie wild um sich schossen. Es gab mehrere Verletzte und zwei Verhaftungen. ANR-Mitglied Georg Gasser (mit Pistole) wurde nach wenigen Stunden auf freien Fuß gesetzt, der Antifaschist Wolfgang Pühringer wurde auf Grund einer Anzeige des Faschisten Georg Wohlleben der schweren Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Der Enthaftungsantrag durch die Staatsanwaltschaft wurde bereits von der zweiten Instanz des Gerichts abgelehnt! Bei Redaktionsschluß war W. Pühringer noch immer inhaftiert. Gegen die Pistolen-schützen der ANR wurden seitens der Staatsanwaltschaft keinerlei gerichtliche Schritte unternommen, anläßlich einer Pressekonferenz am 5. April wurde den Antifaschisten nahegelegt, Privatanklage zu erheben...

In nächster Zeit sind auf breiter Basis Aktionen gegen die offizielle Duldung faschistischer Terrorgruppen und die Kriminalisierung von Antifaschisten geplant.



Umorientierungsprozeß beginnt

Zur Situation an den Hochschulen

Die Hochschulreform mit ihrer Anpassung an die kapitalistische Rationalität wurde nun auch auf den geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen durchgeführt. Total verschulstes Studium, verschärfte "Ausgiebung" und immer mehr drohende Akademikerarbeitslosigkeit durch die Einsparungspolitik vor allem im Bildungsbereich, aber auch durch eine Verschiebung der Qualifikationsstrukturen bei Technikern prägen ein neues Bild des Studenten - der bewußtlos und in wilder Konkurrenz der Bewältigung der formalen Erfordernisse nachlaufende Hochschüler tritt immer mehr in den Vordergrund. Die Radikalisierung durch das offensichtliche Scheitern der "Chancengleichheit" blieb in Österreich im Gegensatz zur internationalen Entwicklung aus - im Gegenteil, der Widerstand gegen die Reform der Hochschulen kam hauptsächlich von Rechts mit der Perspektive der Beibehaltung der alten elitären Ordinariatsuniversität. Klimaveränderungen im fortschrittlichen Sinn gab es innerhalb der traditionell reaktionären österreichischen Intelligenz nur in bescheidenem Ausmaß.

Die Reaktion maschiert

War die ÖVP-nahe ÖSU als stärkste Gruppe an den Hochschulen seit 1968 gezwungen, zur Integration der Forderungen nach mehr Demokratie und gesellschaftsbezogener Ausbildung sich ein progressives Mäntelchen umzuhängen - die ÖSU wurde damit übrigens zum stabilsten Verbündeten der SP-Regierung bei der Durchführung der Hochschulreform - so findet jetzt die eindeutige Umgruppierung im rechten Lager statt. Die Ultrakonservative und militant antikommunistische "Junge Europä-

ische Studenteninitiative" (JES), deren enge personelle Verflechtungen mit neofaschistischen Gruppen ein offenes Geheimnis ist, wird nun auch offiziell von der ÖVP mit Millionenbeträgen und Ideologieproduzenten (Busek) gepanzert. Eine gigantische Materialschlacht aller rechten Gruppierungen ist ein Teil der ideologischen Formierung der Reaktion, deren politische Basis in erster Linie die Verteidigung der Standesprivilegien ist. Aktivitäten offen neofaschistischer Gruppen nehmen zu, die Hochschulöffentlichkeit wird mit wenigen Ausnahmen von der Rechten dominiert.

Linke: Wenn schon im Eck, dann wenigstens im richtigen

Zentrale Aktivitäten der Linken waren zu schwach, um die Hochschulreform in ihren wesentlichen Punkten von links zu kritisieren, der zersplitterte Widerstand gegen die stückweise Einführung der einzelnen Schritte blieb perspektivlos und versandete. Der Kampf um die materielle Absicherung des Studiums blieb eine Domäne der Standesvertreter, die Linke, vor allem KSV und MLS, liefen alternativlos hinterher.

Zentrale Mobilisierungen der Studenten wurden immer mehr zu einem Desaster, die das Aktivitätsbild dominierenden Maoisten gerieten deshalb und nicht zuletzt wegen der Auseinandersetzungen nach Maos Tod in ihre bisher tiefste Krise, der KSV gebärdete sich wie eine bessere ÖSU ("Konsequente Studentenvertreter - Aktionseinheit" - mit wem? - oder einfach "Wählt KSV" sind seine Wahlparolen) - opportunistisch und erfolglos. Die ersten an bundesdeutsche Zustände erinnernden Verzweigungsschritte gab es bei einem KSV-

Teach-in in Wien, bei dem KP-Vorsitzender Muhri taktvollerweise über Abrüstung und Menschenrechte referierte. "Kampf den Sozialfaschisten" und "Stalin, Stalin" waren die - im schlechten Sinn - nostalgischen Sprechchöre der Maoisten während des Referats.

Das Üble hat auch seine gute Seite: Hauptsächlich gestützt auf unorganisierte Linke hat ein Umstrukturierungs- und Umorganisationsprozeß begonnen. Dezentrale, an konkrete Problemstellungen der jeweiligen Institute anknüpfende Politik der Linken beginnt etwas mehr Fuß zu fassen. Getragen wird diese Entwicklung von Basisgruppen und teilweise auch den nicht-stalinistischen und nicht-reformistischen Teilen der Linken. Diese Entwicklung brachte eine offenere Diskussion breiterer Teile der Linken über eine Neuorientierung sozialistischer Hochschulpolitik in Gang.

Wichtige Impulse: Einheitskandidaturen - und Wahltaktik

An einer Reihe von Universitäten (Uni Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck) haben zur Verbreiterung und Intensivierung der Diskussion sich aus Anlaß der Wahlen Plattformen herausgebildet, die von relevanten Teilen des VSSÖ, teilweise der DSU (Demokratische Studenten-Union), der GRM, der SOAK (Sozialistisches Aktions-Komitee) und der BfS initiiert wurden. Ihre Hauptaufgabe sehen diese Plattformen durchgängig darin, auf der Grundlage der an den einzelnen Instituten gemachten Erfahrungen eine breite Diskussion über wesentliche Ansatzpunkte linker





Fortsetzung von Seite 31

Politik unter den gegebenen neuen Bedingungen in Gang zu setzen.

Denn - noch sind die basisorientierten Institutsgruppen auf einige Institute beschränkt, ihr Entwicklungsstand äußerst unterschiedlich und ihre Entwicklungsperspektive offen. Um diese Entwicklung nicht allzu erfolgversprechend darzustellen: es fließt bei der Bündnispolitik der einzelnen Gruppen noch ein guter Schuß Wahltaktik mit ein. Die Debatte über derartige Bündnisse wird trotz zugegebener Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen der Hochschulpolitik auf einige ÖH-Gremien beschränkt, und das gerade von denen, die "völlig illusionslos" der Gremienpolitik gegenüberstehen. Am Zentralausschuß ergibt sich wieder das alte Bild. KSV, MLS, VSStÖ, GRM und "Rote Liste", die sich aus Aktivistinnen verschiedener Basisgruppen zusammensetzt und von der BFS und der Grazer und Innsbrucker DSU unterstützt wird, werden kandidieren. Begründet wird dies von den an den Bündnissen auf Hauptausschußebene beteiligten Gruppen VSStÖ und GRM damit, daß man auf nationaler Ebene eben sein Programm zu propagieren habe. Die gemeinsame Basis der Diskussion an den einzelnen Hochschulen ist jedoch gerade, daß derzeit kein Programm Anspruch auf reale Verankerung und politische Relevanz besitzt, daß eine gemeinsame Strategiediskussion erst Perspektiven

einer realen Überwindung der Schwäche der Linken bringt.

Selbstverständnis und Funktion der "Roten Liste"

Die "Rote Liste" sieht keine Grenzen der ÖH-Sprengel für diese Diskussion und Entwicklung. Auf der Grundlage einer genaueren Einschätzung der objektiven Entwicklung an den Hochschulen soll versucht werden, sozialistische Strategie positiv zu bestimmen. Kernpunkt ist die praktische Alternative zu den ÖH-Standesgremien, die an vielen Instituten in Form der Basisgruppen und der direkten Demokratie (Vollversammlungen, imperatives Mandat) entstanden ist. Eine qualitative Veränderung der Hochschulpolitik durch vermehrtes Auftreten von Problemen, die das gesamte Ausbildungssystem und den gesamten Lebenszusammenhang der Studenten betreffen (Kommunalpolitik etc.) ist ein weiterer Schwerpunkt. Die Wahlplattform wird derzeit diskutiert, sie soll kein "Programm" mit allumfassendem Anspruch, sondern Darstellung eines spezifischen politischen Verständnisses sein, das die Wahlen zum Anlaß nimmt, Impulse zur breiteren Diskussion über linke basisorientierte Hochschulpolitik auch über die Grenzen einiger Hochschulen hinauszutragen.

Unterstützt die basisorientierten, nicht-stalinistischen linken Listen!

Zentralausschuß für gesamt Österreich: Rote Liste

Rote Liste (BfS, DSU-Graz, Innsbruck, Genossen aus Basisgruppen).

Hauptausschüsse:

In Wien

Universität:
Linke Liste (BfS, GRM, SOAK, Genossen aus Basisgruppen)

Technische Universität:
VSStÖ, DSU.

Wirtschaftswissenschaftliche Universität:
VSStÖ, DSU.

Kunstakademie:
Linke Liste.

In Graz

Einheitsliste: DSU-VSStÖ.

In Salzburg

Universität:
Linke Liste (VSStÖ, GRM, Christen für den Sozialismus).

In Innsbruck

Linke Liste

In Linz, Klagenfurt und Leoben hoffen wir auf ähnliche Entwicklungen in nächster Zeit.

MUSIK-DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

- 22.4.**
FREITAG
Autorenabend: **Christine Nöstlinger**
- 23.4.**
SAMSTAG
Harald Irrnberger - **Befreiungsbewegung in Eritrea**
- 29.4.**
FREITAG
Klubabend
– technische Vorbereitung der Maidemonstration
- 30.4.**
FREITAG
Ali Kielmannsegg - liest eigene Werke
- 1.5.**
SONNTAG
Tanz in den Mai Gäste: **Poldo Weinberger**
Harald Edelbauer Gesang
- 6.5.**
FREITAG
Raimund Heinzl internat. Bergsteiger & Expeditionsteilnehmer
erzählt mit Dias
- 7.5.**
SAMSTAG
Laßt Euch überraschen
- 13.5.**
FREITAG
Türkische Genossen über die politische Lage in der Türkei
& Diskussion
- 14.5.**
SAMSTAG
Aktuelle Schulfragen Einleitung: Lehrer-Arbeitskreis
- 20.5.**
FREITAG
Hochschulwahlen / Bericht & Einschätzung

Programmänderungen vorbehalten !

Geöffnet ab 19 Uhr * Diskussions- und Vortragsbeginn 20.00 Uhr